Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18. | Donnerstag, den 22. Januar 1903. | 10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.*

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 20. Januar 1903.

242. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Bülow, Graf von Posadowsky, Frhr. v. Thielmann, v. Goßler, v. Tirpitz.

Die erste Berathung des Etats wird fortgesetzt.

von Vollmar (SD.): Zunächst einige Worte zur auswärtigen Politik. Wir Sozialdemokraten halten geräuschvolle Machtentfaltung nicht für die Hauptsache; indessen sind uns die Beziehungen zu anderen Völkern nicht gleichgiltig. Denn schließlich ist es das Volk, das die Kosten auch für die äußere Politik zu zahlen hat und dann ist es uns, ohne daß wir ein überschwängliches Nationalgefühl hätten, doch auch nicht egal, wie das deutsche Volk von den übrigen Mächten angesehen wird. So kleinlich sind wir nicht, daß wir uns freuen, wenn eine uns entgegenstehende Reichsregierung möglichst ungeschickt ist und Mißgriffe begeht. Wir würden es vielmehr begrüßen, wenn wir wenigstens die äußere Politik des Reiches loben könnten. Leider ist das nicht der Fall. Man sieht in der äußern Politik durchaus einen Mangel an festen Zielen, man bemerkt ein fahriges Wesen, das alle Augenblicke wetterwendisch den Kurs wechselt, neue Improvisationen in Aussicht stellt und in beinahe aufdringlicher Weise sich an fremde Regierungen heranwirft und dadurch überall Mißtrauen hervorruft. Das hat sich vor allem gezeigt den Buren gegenüber von dem ersten Kaisertelegramm an bis zu der traurigen Wendung der deutschen Politik und dem schließlichen Nichtempfang Krügers. Jede Einzelheit hat den Empfindungen des deutschen Volkes auf das Entschiedenste widersprochen. Gewiß ist uns die Freundschaft Englands werthvoll, aber unsere überschwänglichen Liebeswerbungen, die sehr kühl dort aufgenommen worden sind, haben unser Ansehen nicht erhöht. Ueber das chinesische Abenteuer will ich nicht viel reden. Diese faule Sache sollte ordentlich, gründlich und völlig aus der Welt geschafft und der Rest des Expeditionskorps aufgelöst werden. Mittlerweile haben wir eine neue weltpolitische Sensation bekommen, die Expedition nach Venezuela. Wir wünschen nähere Aufklärung darüber, weshalb man nicht versucht hat, die Einkassirungsaffäre von Haus aus auf gütlichem Wege zu erledigen, und Auskunft über die mit einer friedlichen Blokade in Widerspruch stehende Zerstörung der Schiffe und Beschießung Puertos und Maracaibos. Einstweilen sehen wir nur, daß Deutschland und England in dieser Affäre vollständig auf die guten Absichten der Vereinigten Staaten angewiesen sind, die die ganze Situation beherrschen. Dies politisch freie Land mit ungehemmter Volkskraft und machtvoller Oeffentlichkeit hält ohne die Geheimnißkrämerei der Zunftdiplomatie alte monarchische Staaten in Respekt. Jedenfalls wird dadurch eine Neuauflage des mexikanischen Abenteuers Napoleons III. verhindert. Hoffentlich geht auch diese Sache, in der für uns sehr wenig Lorbeeren zu pflücken sind, bald zu Ende, damit wir nicht noch in unerquickliche Auseinandersetzungen mit unserem Bundesgenossen England hineingerathen. — Eine erfreuliche Erscheinung ist der Rückgang des Chauvinismus in Frankreich. Man sollte nicht immer geflissentlich auf Revanche-Aeußerungen hinweisen: bei den Reden Andres und Pelletans handelt es sich offenbar um thörichte Augenblicksergüsse eines traditionellen Phrasenthums. Man sollte sie am allerwenigsten bei uns ernst nehmen; hat doch erst in den allerletzten Tagen ein aktiver preußischer General eine ähnliche Kriegsrede gehalten, wenn auch in privatem Zirkel. (Unruhe rechts.) Es war der General Liebert, der gradezu nach dem Kriege geseufzt hat. Welchen Lärm würden die Alldeutschen machen, wenn ein französischer General etwas Aehnliches sagen würde! Jener Bewegung gegenüber, aus der man auf ein Neuaufflackern des Chauvinismus schließt, hat sich in Frankreich eine direkt entgegengesetzte Bewegung geltend gemacht, die in unserem sozialistischen Freunde Jean Jaures ihren machtvollsten Ausdruck findet. In Versammlungen, in der Presse und im Parlament hat Jaures gegen den Renommirpatriotismus protestirt und unumwunden den Verzicht auf die Revancheidee gefordert. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich ist darauf in Frankreich das auch in Deutschland übliche Geschrei über „Vaterlandslosigkeit“ erhoben worden: das infamste Kampfmittel, das es giebt und das bei uns sogar von ganz hervorragender Stelle angewandt wird. Jaures hat Tausenden und Millionen aus der Seele gesprochen; wie mächtig die von ihm vertretenen Anschauungen bereits geworden sind, zeigt seine jüngst erfolgte Wahl zum Vizepräsidenten der französischen Kammer, die trotz des heftigsten Widerspruches der verbündeten Meliniſten, Nationalisten und Klerikalen erfolgt ist. Wer solche Symptome verschweigt, setzt sich dem Verdacht aus, daß ihm alles unangenehm ist, was der gegenseitigen Völkerverhetzung ein Ende zu machen geeignet ist. Mit dem Erlöschen des französischen Chauvinismus fällt die letzte Bedrohung des Dreibundes weg, wie denn ja auch dieser Dreibund unseren Bundesgenossen Italien nicht an der Annäherung an Frankreich gehindert hat. Wenn daher jetzt plötzlich Herr Schädler den Dreibund für werthlos erklärt und meinte, wir seien auf uns selber angewiesen, so kann ich das nicht recht verstehen, es müßte denn sein, daß das Zentrum für neue umfassende Militärforderungen Stimmung machen will. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten werden die Konsequenzen aus der veränderten Lage ziehen und noch mehr als bisher für die Umwandlung des aggressiven stehenden Heeres in ein defensives Volksheer eintreten. Ich wende mich nun zur inneren Politik und zwar zunächst zum Etat. Auf Einzelheiten habe ich heute nicht einzugehen. Kollege Schädler hat gestern mit Recht von „Pumpwirthschaft“ gesprochen. Der Herr Schatzsekrekär machte uns gestern die interessante Mittheilung, daß der Zustand ein trauriger sei, daß aber Niemand Schuld daran habe. (Heiterkeit). In Wirklichkeit steht aber die Sache so, daß das jetzige Elend weiter nichts als eben die unausbleibliche Folge der ganzen bisherigen Finanzwirthschaft ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Als wir bei der Flottenvorlage von 1897 die ganze unheilvolle Entwicklung voraussagten, da beschuldigte uns die Regierung der Schwarzseherei und die Mehrheit dieses Hauses, geführt natürlich vom Zentrum, provozirte durch den Bewilligungseifer, den sie an den Tag legte, immer neue Forderungen. Jetzt nun, da die Wähler anfangen, schwierig zu werden, ist das Zentrum schwerzlich überrascht über die schlechte Finanzlage und sucht sich mit seiner Verführung durch die Regierung herauszureden. Mit Verführung mag sich ein junges unerfahrenes Kind herausreden, aber nicht ein erfahrenes Weib, das in Sünden groß geworden ist. (Sehr gut! und große Heiterkeit links). Die Mehrheit und besonders das Zentrum sind für die jetzige schlechte Finanzlage verantwortlich. (Sehr richtig! links). Es entsteht jetzt die Frage: Was nun? Von allen Seiten wird noch Sparsamkeit gerufen. Sparsamkeit ist ja ganz schön. Aber so lange beim Militär-, Marine- und Kolonialetat das Bewilligungsrecht des Reichstags nur auf dem Papier steht, so lange wird eine gesunde, wirkliche Besserung unseres Etats überhaupt nicht möglich sein. Im Gegensatz zu dem Herrn Staatssekretär bin ich allerdings der Meinung, daß sich allerhand Streichungen vornehmen lassen; von einigen Streichungen sprach ja auch Herr Schädler; wir werden uns gern an den Streichungen betheiligen, vorausgesetzt, daß nicht sozialpolitische und kulturelle Ausgaben gestrichen werden sollen. Es wird allerdings kaum möglich sein, durch Streichung die Zuschußanleihe von 95 Millionen überflüssig zu machen. Die amtliche Denkschrift erklärt selbst, daß Zuschußanleihen zu den Grundsätzen einer gesunden Finanzpolitik in Widerspruch stehen. Zuschußanleihen sind schon formell verfassungswidrig. (Sehr richtig! links), denn nach der Verfassung sind solche Ausgaben auch auf die Einzelstaaten umzulegen. Außerdem aber passen solche Maßregeln mehr in eine venezolanische Finanzverwaltung, als in die eines zivilisirten Staates hinein. Das vielgerühmte Schuldentilgungsgesetz ist stets nur auf dem Papiere; die Reichsfinanzreform, wie die Regierung sie plant, beseitigt den Krebsschaden unseres Finanzwesens, nämlich die indirekten Steuern, nicht nur nicht, sondern läßt das Uebel immer weiter an sich fressen. Die einzig wirksame Reform besteht in der direkten, progressiven Reichssteuer und in der völligen Trennung der Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten. Die richtige Einsicht, daß ein großes Staatswesen auf die schwankenden Einkünfte aus den indirekten Steuern sich nicht einlassen kann, bricht sich immer weiter Bahn; in Bayern, in Schwarzburg-Rudolstadt haben sich Minister dem Gedanken der Reichseinkommensteuer wohlwollend gegenübergestellt; Preußen freilich erklärt diesen Gedanken als eine Spielerei ohne praktischen Sinn, will also die skandalöse Schonung der Reichen auf immer verewigen. Ich komme jetzt zu der inneren Politik im engeren Sinne. Gleich Herrn Schädler habe auch ich mich mit Kundgebungen privaten Charakters zu beschäftigen, die nicht nur durch ihren Inhalt, sondern namentlich dadurch nöthig und für unsere Verfassungszustände bezeichnend sind, daß sie von dem Präsidenten des deutschen Bundes ausgehen, der den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Herr Reichskanzler liebt diesen Ausdruck nicht, er ist aber streng verfassungsmäßig, und da der Reichskanzler so große Stücke auf die Verfassung hält, so wird er sich mit dem Ausdruck abfinden müssen. — Die dicke Wortwolke, in die sich ja gestern der Reichskanzler hüllte, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß er sich zur Vertheidigung einer Sache genöthigt sah, die sich nicht vertheidigen läßt. Bei der nöthigen Zeit glaube ich Ihnen (zum Reichskanzler) darthun zu können, daß sich in Ihrer gestrigen Rede kaum ein staatsrechtlich, logisch und thatsächlich haltbarer Satz findet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Zentrum und Sozialdemokraten haben sich bei jener Depeschenaffäre im bayer. Landtage schroff gegenübergestanden, das hindert mich aber durchaus nicht, anzuerkennen, daß das formelle Recht durchaus auf Seiten des Zentrums war. Man kann über bayerische Angelegenheiten denken, wie man will; daran aber, sich autoritativ darin einzumischen, hat kein Nichtbayer das Recht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nach der Reichsverfassung hat der Kaiser sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten einzumengen. Herr Schädler hat ganz Recht: was würde man sagen, wenn der Prinzregent von Bayern oder sonst ein außerpreußischer Bundesfürst seine Empörung über einen preußischen Parlamentsbeschluß ausspräche und, wenn er gerade bei Kasse ist, einen Beitrag zur Verfügung stellte! (Gr. Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat versucht, sich an der Anerkennung der Thatsache vorbeizuschlängeln, daß der Kaiser nicht die Kompetenz hat, an den Beschlüssen einer parlamentarischen Körperschaft irgendwelche Zensur zu üben. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Von der Ausdrucksweise sehe ich ganz ab; das ist Sache des Geschmacks oder des Taktes. (Sehr gut! links.) Ich gehe nicht auf die etwas stark an die Nähe der östlichen Grenze schmeckende staatsrechtliche Auffassung ein, als ob der Prinzregent sich in Einzelheiten der Kunstforderungen 2c. einmengte und uns ein Urtheil darüber aufdrängte: das ist in Bayern nicht der Fall! (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Die bayerische Zentrumspresse hat darauf hingewiesen, daß von derselben Stelle auch der Versuch einer Zensur an Reichstagsbeschlüssen gemacht worden ist, nämlich im Jahre 1895: es war die Sozialdemokratie, die damals dagegen mit einem förmlichen Antrage auftrat; der damalige, auch schon dem Zentrum angehörige Reichstagspräsident wies aber den Antrag zurück und ließ ihn nicht einmal zum Druck gelangen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Reichstag hat die Sache damals einfach eingesteckt und damit zu Wiederholungen ähnlicher Kundgebungen förmlich aufgefordert. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Indem der Reichskanzler die Veröffentlichung des Depeschenwechsels zuließ und bei den sattsam bekannten offiziellen Beziehungen des Wolffschen Telegraphenbureaus hätte er sie hindern können (Sehr richtig! links) — hat er mehr als ein neuigkeitsliebender Journalist, denn als ein Staatsmann gehandelt. Gerade die Veröffentlichung ist der springende Punkt. Zum Ueberfluß ist dann noch eine Fälschung hinzugefügt worden, indem man auf München als Quelle hinwies, während die Veröffentlichung von Berlin ausgegangen ist und man sie in München nicht haben wollte. (Hört, hört! links.) Wenn der Reichskanzler in der Anwesenheit des Sohnes des Prinzregenten bei den Posener Kaisermanövern einen Beweis dafür sieht, daß der Empfänger das Telegramm nicht mißverstanden habe, so muß er von der bayerischen Gutmüthigkeit eine merkwürdige Auffassung haben. (Heiterkeit.) In der offiziösen „Augsburger Abendzeitung“ ist der Eindruck des Telegramms am Hoflager dahin erläutert worden, daß das Wort „Ueberraschung“ auch nicht annähernd erschöpfend sei. Man habe trotz manchem Vorangegangenen am bayerischen Hofe dies denn doch nicht für möglich gehalten. (Heiterkeit und hört, hört! b. d. Soz.) Der Ton, mit dem man in der bayerischen Oeffentlichkeit die Sache besprochen hat, war ein viel verständlicherer, als der hier angeschlagene (Heiterkeit); glücklicherweise sind bei uns die preußischen Majestätsbeleidigungsmaximen nicht üblich. Das bayerische Zentrum hatte allen Grund, über das Telegramm zu jubilieren; es hat ihm aus der Patsche geholfen und in ungeahnter Weise seine Position befestigt. Der Reichskanzler bekümmerte sich um alle diese Dinge nicht; er hatte in Norderney weit lustigere und angenehmere Sachen zu denken (Heiterkeit); so ließ er sich wieder einmal völlig ausschalten. (Sehr richtig! links.) Ich komme jetzt zu den Reden, welche im Anschluß an den Fall Krupp gehalten worden sind . . .

Präs. Graf Ballestrem: Der Geheimrath Krupp war ein Privatmann; die ihm zugefügten Verdächtigungen und Verunglimpfungen liegen auch auf privatem Gebiet; desgleichen die Trauer- und Sympathiekundgebungen, von welcher Seite sie auch ausgingen. Ich kann daher nicht dulden, daß dieser Fall hier im Reichstage bei Gelegenheit des Budgets behandelt wird. (Große Unruhe bei den Soz.)

v. Vollmar: Ich wollte nicht auf den Fall oder die Person Krupp eingehen, sondern nur auf ein oder zwei Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind, um daran zu zeigen, zu welchen Folgen solche Reden führen müssen. . .

Präs. Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich bleibe bei meiner Entscheidung! (Erneute Unruhe bei den Soz.) Wenn auch, wie Sie sagten, die Reden im „Reichsanzeiger“ standen, so bewegten sie sich doch auf privatem Gebiet. (Erneute stürmische Unruhe bei den Soz. Die nächsten Worte des Präsidenten gehen im Lärm verloren. Ledebour (SD.) ruft: Eine politische Angelegenheit unserer Partei! Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

v. Vollmar: Ich stelle fest, daß der vom jetzigen Präsidenten selbst festgesetzte Grundsatz, daß alle kaiserlichen Reden besprochen werden dürfen, die im „Reichsanzeiger“ stehen, jetzt verlassen wird, und daß im Reichstage nicht mehr soviel Redefreiheit besteht, um öffentliche, anderswo ungehindert diskutirte Angelegenheiten besprechen zu können. (Erneute lebh. Zust. b. d. Soz. Wiederholte Rufe: Sehr wahr!)

Präsident Graf Ballestrem: Der Grundsatz galt nur für kaiserliche Reden, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. (Erneute Zurufe b. d. Soz.: Das ist doch eine öffentliche Angelegenheit! Die lebh. Unruhe auf den sozialdemokr. Bänken dauert fort.) Präsident Graf Ballestrem fährt sehr erregt fort: Ich habe des Herrn Abg. v. Vollmar's Erörterungen über das Swinemünder Telegramm mit keiner Silbe unterbrochen! Der Fall Krupp wird in keiner Richtung hier erwähnt werden. (Erneute, immer heftigere Entrüstungs- und Protestkundgebungen b. d. Soz. Zuruf: Man sieht also, wie unangenehm Ihnen die Sache ist!)

v. Vollmar: Ich wollte nicht über den Fall Krupp sprechen, sondern darüber, daß unsere Partei in jenen Reden beschimpft worden ist! (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdem.: Sehr richtig! Es ist unerhört! Erneute Unruhe.)

Präsident Graf Ballestrem: Solange ich Präsident bin, werde ich die Besprechung dieses Falles nicht dulden! (Furchtbarer Tumult und heftige Entrüstungsrufe.)

Ledebour: Die Vertreter der Arbeit erheben Protest! (Erneute Unruhe. Rufe: Es war eine politische Aktion! Wir sind beschimpft worden!)

v. Vollmar: Die Reden bezogen sich nicht nur auf

* Das Stimmungsbild der Montag-Sitzung befindet sich in der heutigen Beilage.

die Privatperson Krupps, sie enthielten ein Pronunziamento gegen die Sozialdemokratie! (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bleibe bei meiner Entscheidung. (Erregte Protestrufe b. d. Soz.)

v. Vollmar: Das heißt also: sic volo, sic jubeo!

Präsident Graf Ballestrem: Es heißt, daß ich die vom Reichstage mir übertragenen Rechte wahre! (Abg. Ledebour ruft: Sie mißbrauchen Ihre Rechte! — Zurufe: Jawohl, jawohl! Bewegung auf allen Seiten des Hauses.)

v. Vollmar: Der Reichstag überträgt dem Präsidenten seine Rechte, um die Redefreiheit zu schützen, nicht, um sie zu unterdrücken! (Sehr wahr! b. d. Soz. Bewegung des ganzen Hauses.)

Präsident Graf Ballestrem: Wie der Präsident seine Rechte wahrnimmt, das ist seine Sache! (Zurufe b. d. Soz.: Nein, nein! Pfui! pfui!) Präsident Graf Ballestrem ruft in äußerster Erregung: Der Präsident weiß, was er zu thun hat! (Minutenlange stürmische Unterbrechungen und Protestkundgebungen bei den Soz.)

v. Vollmar: Der Kollege Dr. Schädler kam gestern auf die sogenannten Huldigungsadressen zu sprechen. Ich muß beanspruchen, daß mir dasselbe Recht zu Theil wird, das dem Zentrumsredner zugestanden worden ist. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Präsident Graf Ballestrem: Das ist etwas ganz anderes. (Erneute stürmische Unruhe und Unterbrechungen bei den Soz.)

v. Vollmar: Ich konstatire, daß somit die Vertreter des deutschen Volkes geringeres Recht haben, als jede Volksversammlung und jede Zeitung! (Zustimmung links.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich muß bitten, eine Kritik meiner Anordnungen zu unterlassen. (Erneute Kundgebungen der Entrüstung und des Widerspruchs bei den Soz.)

v. Vollmar: Also auch nach Weihnachten scheint keine geordnete und ruhige Verhandlungsweise möglich zu sein. Es ist mir unmöglich gemacht . . .

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte nochmals, mit diesen Erörterungen aufzuhören. Ich muß Sie sonst zur Ordnung rufen! (Erneuter tumultuarischer Widerspr. b. d. Soz.)

v. Vollmar: Es liegt mir fern, Ordnungsrufe herauszufordern. Ich bestrebe mich stets, innerhalb der Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen mich zu bewegen. Wenn mir aber in einer so wichtigen Angelegenheit ein Maulkorb angelegt wird . . .

Präsident Graf Ballestrem: Das können Sie nicht sagen! (Heftiger Widerspruch.) Es ist nur ein Punkt, den ich nicht zulasse! (Lebhafte Unterbrechungen. Ruf: Ihr Fraktionsfreund hat es doch sagen dürfen! Erneute Unruhe.)

v. Vollmar: Mir wird verwehrt, in diesem Hause einen Fall zur Sprache zu bringen, der während mehr als eines Monats das ganze Reich in Aufregung gesetzt hat, während ein Zentrumsredner diesen Fall besprechen durfte.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter v. Vollmar, diesen Vorwurf, das Zentrum zu begünstigen, hätte ich von Ihnen nicht erwartet! Ich bitte Sie, die Verdächtigung meiner Handlungsweise zu unterlassen und von jeder Erörterung des Falles Krupp abzusehen, von allem, was vorher und nachher geschah, nach dem Tod des Ehrenmannes. (Unruhe.)

v. Vollmar: Die Swinemünder Sache stand nicht einmal im „Reichsanzeiger" und wurde — mit vollem Recht — hier besprochen. In diesem Falle aber handelt es sich um eine amtliche Veröffentlichung! (Singer: Um eine Beschimpfung von 2½ Millionen Wählern!) Ich stelle also fest, daß es mir unmöglich gemacht ist, die Angriffe und Beschimpfungen auf eine Partei von weit über zwei Millionen Wählern zurückzuweisen! (Sehr gut! bei den Soz.) — Ich gehe nun zum nächsten Punkt über und fahre fort in meiner Kritik gegenüber dem Reichskanzler — eine Kritik, deren Beantwortung dem Reichskanzler durch den Reichstagspräsidenten allerdings sehr erleichtert wird. Sehr gut! b. den Soz.) Ich halte die subtilen Unterscheidungen des Reichskanzlers über den Begriff Verantwortlichkeit für ganz hinfällig. In einem wirklich konstitutionellen Staate können politische Handlungen des Staatsoberhauptes nur durch den verantwortlichen Minister erfolgen. Sonst kommen wir in den Absolutismus hinein. Wenn so geringfügige Handlungen wie eine Ordensverleihung der Gegenzeichnung bedürfen, warum sollte eine solche Zeichnung bei hochwichtigen programmatischen Aeußerungen des Monarchen nicht nothwendig sein? Der Reichskanzler sprach von der freien Meinungsäußerung, die jedem Staatsbürger zusteht, also auch dem Monarchen. (Singer: Nur einem Abgeordneten nicht, nach Ballestrem! Sehr gut! b. d. Soz.) Ein Staatsbürger hat nicht die Verantwortlichkeit des Kaisers. Viel besser würde es sein, den Kaiser mit einem Beamten zu vergleichen, und die Beamten haben in Preußen bekanntlich keine eigene Meinung. Bleibt man nicht auf diesem strengen Standpunkt, so gerathen wir in das persönliche Regiment. Noch eins möchte ich den Reichskanzler fragen: Hat er die Antworten, die dem Kaiser in zahlreichen Arbeiterversammlungen ertheilt sind, diesem mitgetheilt, damit der Kaiser die Wahrheit über die Folgen seiner Rede erfährt? (Sehr gut! b. d. Soz.) Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß ein Majestätsbeleidigungsparagraph besteht, der die sachliche Kritik der Kaiserworte sehr erschwert. Der Schutz dieses Paragraphen hat zur Voraussetzung, daß der Fürst nicht Unrecht thut, daß er sich nicht in den Kampf der politischen Parteien mischt. Bleibt der Majestätsbeleidigungs-Paragraph bestehen, so hat der Fürst das Vorrecht, hinter sicherem Versteck Beleidigungen auszustoßen, auf die der Angegriffene nicht erwidern kann. (Bravo! b. d. Soz.) Das muß die öffentliche Moral vollständig zerstören. Der Majestätsbeleidigungsparagraph muß beseitigt werden, zum mindesten muß der Angegriffene erwidern können. (Zuruf bei den Soz.: Aber nicht im Reichstage!) England ist im letzten Jahrhundert zu ruhigster Entwicklung, zu einem demokratischen Staate geworden. Bei uns zeigen sich leider sehr viel Anzeichen, daß man die Wege des Bonapartismus eingeschlagen hat. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Wir verlangen, daß dem nächsten Reichstag alsbald ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz vorgelegt wird. Hoffentlich hilft das Zentrum hierbei mit. (Heiterkeit b. d. Soz.) Herr Schädler hat gestern gemeint, wir thäten so, als sei das allgemeine Wahlrecht gefährdet, weil wir nach einer Wahlparole suchten. Ach, danach brauchen wir nicht zu suchen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) das haben uns die Herren sehr bequem gemacht. Während der Zolltarifdebatte sind genug Aeußerungen gegen das allgemeine Wahlrecht erfolgt, die jetzt den Herren vor den Wahlen ja unangenehm sind. Das Zentrum hat dabei zwar nicht mitgethan, aber seine Abwehr war sehr lau und zweideutig. Das Recht, sich auf seine großen Traditionen zu berufen, hat das Zentrum eingebüßt, weil es diese Traditionen seiner Gier nach Macht und Einfluß längst geopfert hat. (Bravo! b. d. Soz.) Es hat das Recht verwirkt, noch irgendwelches Vertrauen zu beanspruchen. (Bravo! b. d. Soz.) Das wissen wir freilich, daß das Wahlrecht nicht so leicht genommen werden kann. Von diesen Kämpfen ist wohl der Anfang, aber nie das Ende abzusehen. Wir werden unsern Wählern die Gefahr zeigen und sie werden dafür sorgen, daß nicht wieder eine so reaktionäre Mehrheit wie heute in diesen Saal kommt, sondern daß eine gründliche Abrechnung in unseren politischen Verhältnissen herbeigeführt wird. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Bayerischer Staatsrath Frhr. von Stengel bestreitet, daß der bayerische Finanzminister v. Riedel sich jemals anders als durchaus ablehnend gegen den Gedanken einer Reichseinkommensteuer ausgesprochen habe.

Dr. Sattler (NL.) weist die Behauptung des Abg. v. Vollmar entschieden zurück, daß sich nationalliberale Politiker gegen das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hätten. Herrn Schädler ist es gelungen, eine Kaiserdepesche, die nicht im „Reichs-Anzeiger" stand, hier zu besprechen: ein Beweis mehr, daß Zentrum Trumpf ist. Herr Schädler ist wohl deshalb so scharf vorgegangen, weil seine bayerischen Freunde ein schlechtes Gewissen in der Sache haben. (Lachen im Zentr.) Wir dürfen dem Kaiser den Ausdruck des persönlichen Gefühls über das unsachliche Vorgehen des bayerischen Zentrums nicht verwehren. Den Reichstag geht nur die Frage der Veröffentlichung dieser Depesche an. Redner ersucht um Aufklärung über die Verwicklungen mit Venezuela und protestirt dagegen, daß Abg. v. Vollmar die deutsche Politik gegen die Buren treulos genannt habe. Die revanchefeindliche Stimmung in Frankreich kann uns nicht zum Abrüsten veranlassen, wir halten den bewaffneten Frieden für das beste. Der Diätenforderung, die dieser Reichstag für den nächsten beschließen sollte, stimmen wir zu. Redner empfiehlt eine Finanzreform, die eine reinliche Scheidung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten bewirkt; auf neue Steuern dürfe man sich jetzt unter keinen Umständen einlassen. (Lachen b. d. Soz. Ruf: Jetzt vor den Wahlen!) Redner wendet sich gegen die Etatsüberschreitungen und hofft auf den baldigen Abschluß langjähriger Handelsverträge. Die Sozialdemokratie habe durch ihre Obstruktion den Konstitutionalismus gefährdet. (Lachen b. d. Soz.) Man habe mit ihr noch große Langmuth und Milde geübt. (Lachen b. d. Soz. Bravo! b. d. Natl.)

Reichskanzler Graf Bülow: Abg. v. Vollmar schien dem Kaiser und der Monarchie eine antisoziale Tendenz imputiren zu wollen. Diese Auffassung ist historisch wie psychologisch gleich unbegründet. Die soziale Gesetzgebung Deutschlands ist von Wilhelm I. ins Leben gerufen worden. Die Monarchie hat in Deutschland mehr für die arbeitenden Klassen gethan, als bisher in irgend einem Lande für die Arbeiter geschehen ist. (Sehr richtig! rechts.) Der Führer einer Deputation der englischen Friendley society, die zum Studium unserer Versicherungsgesetzgebung vor einigen Wochen in Berlin weilte, äußerte in einer Abschiedsrede, daß die allerhöchste Botschaft von 1881 ewig fortleben werde, auch wenn die Namen eines Caesar und Napoleon längst verklungen sein würden. So urtheilt das Ausland über die sozialen Leistungen der deutschen Monarchie! Die großartige deutsche Arbeiterversicherung steht einzig in der Welt da! (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte Ihnen einen Bericht unseres Pariser Botschafters über eine Unterredung mit dem früheren ausgezeichneten Arbeitsminister Millerand vorlesen. Millerand ist ein intimer Freund des großen Redners und hervorragenden Politikers Jaurès, der sich auch der sehr guten Meinung des Herrn v. Vollmar erfreut. (v. Vollmar! Sehr richtig!) Millerand bemerkte unserem Botschafter, er wünsche in Bezug auf die Altersversicherung der Bergarbeiter einen ähnlichen Zustand zu schaffen, wie ihn die Hochherzigkeit und Weitsichtigkeit Kaiser Wilhelms in Deutschland herbeigeführt habe. (Hört! hört! rechts.) Für die humanitäre Behandlung arbeitsunfähig Gewordener habe Deutschland viel mehr gethan als Frankreich. Seine Sorge sei keine Förderung der Streiks, sondern eine Beseitigung der Streikgefahr. Unser Botschafter, Fürst Radolin, schreibt, daß er von Millerand den Eindruck einer ruhigen, würdigen, nicht posirenden Persönlichkeit empfangen habe. Es heißt weiter in dem Bericht: „Er verfolgt energisch die Hebung der unteren Klassen, wozu die Bourgeoisie nicht allzu geneigt ist." (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig! und das überall!) Dieser Zuruf frappirt mich wirklich; es ist wörtlich dasselbe, was der Kaiser an den Rand des Berichtes geschrieben hat. (Große Heiterkeit.) Nun, ich wünsche Ihnen einen solchen Millerand. (Heiterkeit links.) Die soziale Gesetzgebung ist zurückzuführen auf die gemeinsame Arbeit der deutschen Fürsten und dieses hohen Hauses. Sie (zu den Soz.) haben gegen die Arbeitergesetze gestimmt. Auch das allgemeine gleiche Wahlrecht, das anzutasten nirgendwo irgendwelche Tendenzen bestehen, ist Ihnen von der Monarchie gewährt worden. Der Kaiser erachtet es für die Aufgabe des Staates, die schützende, stützende und helfende Hand über die wirthschaftlich Schwachen zu halten. Auf solchen Schutz haben aber nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch die Landwirthe Anspruch. (Zuruf rechts: Bauer!) Ja, der Bauer ist sozusagen auch ein Mensch. Die Monarchie ist auch heute bestrebt, die Uebelstände in den modernen Kulturstaaten soweit als möglich zu beseitigen und die soziale Gesetzgebung auszubauen. Der Kaiser ist davon durchdrungen, daß die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes in den Gesetzen zum Ausdruck kommen muß. (Zuruf bei den Soz.: Zuchthausvorlage!) Kundgebungen der Arbeiter aber haben nur einen Werth, wenn sie aus freiem und unbeeinflußtem Willen hervorgegangen sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Solche Kundgebungen sind ein erfreuliches Zeichen für die Treue eines Theiles der Arbeiter zu Kaiser und Reich. Von Manifestationen, die durch äußeren Druck hervorgegangen sind, halte ich dagegen gar nichts. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr von Vollmar sprach von „bonapartistischen Tendenzen." Der Kaiser hat sich aber niemals in Widerspruch gesetzt mit der Reichsverfassung. Was soll das ganze Gerede von Absolutismus und Cäsarismus? Bei diesen dunklen Andeutungen fühlt man sich ja fast nach Marocco oder China versetzt. (Heiterkeit.) Niemals ist das verfassungsmäßige Recht des deutschen Volkes durch den Kaiser, die deutschen Fürsten oder Minister irgendwie mißachtet worden. (Zuruf: Swinemünder Telegramm. Unruhe.) In einem Parteiregiment etabliren sich viel leichter absolutistische Tendenzen, von denen vielleicht auch bei uns gewisse Parteiführer nicht ganz frei sind. (Heiterkeit.) Aber absolutistische Fürsten und Minister giebt es in Deutschland nicht. Absolutismus ist überhaupt ein romantischer Begriff; bei uns könnten absolutistische Zustände nur durch eine Revolution entstehen. Herr von Vollmar konstruirte einen Gegensatz zwischen Kaiser und Kanzler. Dies Verhältniß ist staatsrechtlich präzisirt durch die Artikel 15, 16 und 17 der Verfassung, sein Wesen liegt in dem beiderseitigen guten Willen, zusammenzuwirken im Interesse des Volkswohls. Ohne gegenseitige Konzessionen und Kompromisse geht es nirgends in der Welt. Einen Schattenkaiser aber will das deutsche Volk nicht, sondern einen Kaiser von Fleisch und Blut, und ein Reichskanzler andererseits, der ein Mann und nicht ein altes Weib ist, wird nichts thun, was er nicht pflichtmäßig vor seinem Gewissen verantworten kann. Die erste Eigenschaft des Kanzlers ist Augenmaß: er muß unterscheiden können zwischen großen politischen Fragen und Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung. Ein nur ausführendes Organ, ein Instrument, ist der Reichskanzler nicht. Der Kaiser verträgt sehr gut Widerspruch, ich wünschte nur, Sie (zu den Soz.) wären so wenig voreingenommen, wie der deutsche Kaiser. Es ist wiederholt Bezug genommen worden auf die Anträge zwecks besserer Sicherung des Wahlgeheimnisses. Ich bin in der Lage, mittheilen zu können, daß beim Bundesrath ein Antrag des Reichskanzlers eingebracht werden wird, der eine Abänderung des Wahlreglements für die Reichstagswahlen in dem Sinne vorschlägt, daß in Zukunft die **Benutzung von Umschlägen für die Stimmzettel** und die **Errichtung von Isolirräumen bei der Ausübung des Wahlrechts obligatorisch** gemacht werden sollen, damit die Stimmabgabe des einzelnen Wählers von Dritten nicht beobachtet werden kann. (Bravo!) Sobald der Bundesrath sich mit dieser Aenderung einverstanden erklärt haben wird, wird Ihre Zustimmung dazu erfordert werden, damit schon bei den nächsten Wahlen zur größeren Sicherung des Wahlgeheimnisses davon Gebrauch gemacht werden kann. (Bravo.) Ich wende mich nun zu dem, was über die auswärtige Politik gesagt worden ist. In Bezug auf unsere Beziehungen zu Frankreich kann ich mich mit dem Sinn sowohl wie mit dem Geist der Ausführungen des Herrn v. Vollmar ganz einverstanden erklären: ein ruhiges und friedliches Verhältniß zwischen Deutschland und Frankreich entspricht gleichmäßig den Interessen und dem Wohle beider Länder. — Was die Venezuela-Angelegenheit angeht, so verweise ich hinsichtlich der Ursachen wie der Zwecke unseres dortigen Vorgehens auf die eingehende Denkschrift, welche ich diesem hohen Hause unterbreitet habe. Der Präsident von Venezuela hat die Forderungen der betheiligten Mächte England, Italien und Deutschland anerkannt und sich mit den Vorbedingungen für die Ueberweisung der Streitfrage an das Haager Schiedsgericht einverstanden erklärt. Unser Bestreben geht dahin, die bewaffnete Aktion sobald als möglich zum Abschluß zu bringen. Die über die Küste von Venezuela von den drei Mächten verhängte Blockade wird voraussichtlich aufgehoben werden, sobald die jetzt stattfindenden diplomatischen Verhandlungen in Washington zu einem befriedigenden Abschluß geführt haben. Da die Verhandlungen zwischen den betheiligten 5 Mächten in vollem Fluß sind, so bin ich heute nicht in der Lage, mehr zu sagen. Sobald sich die Situation geklärt haben wird, werde ich nicht verfehlen, dem hohen Hause Mittheilung zu machen. Zwischen England und Deutschland hat volles Einvernehmen in der Venezuela-Angelegenheit geherrscht. Um so auffälliger ist es, daß neuerdings ein Theil der englischen Presse die deutsche Betheiligung in dieser oder jener politischen Frage nicht selten ohne Objektivität und hier und da mit deutlichem Uebelwollen beurtheilt. So war es z. B., als bekannt wurde, daß England gegen die Erlaubniß zur Durchfahrt russischer Torpedoboote durch die Dardanellen bei der Hohen Pforte protestirt hatte. Daß Deutschland nicht protestirte, wurde von englischen Blättern als ein Akt deutscher Feindseligkeit gegen England behandelt. Jeder, der die Verhältnisse im Orient einigermaßen kennt, wird in der orientalischen Frage von uns nichts anderes erwarten, als eine unparteiische Neutralität, die gegen keine Macht irgend welche Feindseligkeit enthält. Um so unbegreiflicher ist das Vorgehen eines Theils der englischen Presse. Ein wildgewordener Poet von großem Talent hat hat sich sogar zu Verbalinjurien gegen uns verstiegen. Ich halte es für nützlich, mich über diese Erscheinungen ganz offen auszusprechen. Sie sind nur zu erklären aus einer gewissen Erbitterung des englischen Volkes, die wiederum zurückzuführen ist auf die sehr heftigen Angriffe, die ein großer Theil der kontinentalen Presse während des südafrikanischen Krieges gegen England gerichtet hat. Ich habe oft erklärt, daß die auswärtige Politik nicht mit dem Gefühl, sondern mit dem Verstande zu beurtheilen ist, und wenn Herr v. Vollmar sagte, die deutsche Politik gegenüber dem südafrikanischen Kriege wäre nicht übereinstimmend mit dem Volksempfinden gewesen, so stehe ich nicht an, heute zu sagen, daß ich auch in diesem Punkte unsere Politik zugeschnitten habe, lediglich nach dauernden deutschen Interessen. Hoffentlich läßt sich die öffentliche Meinung hüben wie drüben lediglich von dem Gedanken beherrschen, daß die beiden Nationen durch viele und schwerwiegende Interessen darauf angewiesen sind, sich in Frieden und Freundschaft zu vertragen. (Bravo!)

Hilpert (Bayer. Bbd.) führt aus, daß die Landwirthschaft mit dem neuen Zolltarif nicht genügend geschützt sei.

Dasbach (Z.): Die Sicherung des Wahlgeheimnisses wird vom ganzen Reichstag mit Freuden begrüßt. (Abg. v. Vollmar: Auch von den Konservativen?) Redner rühmt die Sozialpolitik des Zentrums und bestreitet, daß das jetzige Wahlrecht bedroht sei. Wir müssen protestiren gegen die Insinuationen des Abg. v. Vollmar. Uns ist gar keine Schlechtigkeit zuzutrauen. (Stürm. Heiterkeit b. d. Soziald.) Die dreißigjährige Geschichte des Zentrums steht glänzend da. Redner fordert zum Schluß strenges Vorgehen gegen die Duellanten und Bestrafung des Duells wie gemeinen Mord. (Beifall i. Zentr.)

Hierauf wird die Weiterberathung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß 5¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ist dem Berliner „Lokalanzeiger" zufolge, nunmehr dem Bundesrath zugegangen und soll noch in dieser Session alle Instanzen passiren, wenn es nach den Wünschen der Regierung geht. Ueber den Inhalt der Novelle kann das „Berl. Tgbl." bereits mittheilen, daß durch dieselbe die Zeit der Krankenunterstützung auf 26 Wochen und ebenso die Unterstützungsdauer nach einer Entbindung auf 6 Wochen erhöht werden sollen. Ferner fallen die Vorschriften fort, welche die Gewährung einer Krankenunterstützung bei Geschlechtskrankheiten bisher ausschließen. Wenn diese Vorlage des Reichsamts des Inneren, woran nicht gezweifelt werden kann, die Zustimmung des Bundesraths finden sollte, so wird hierdurch die Lücke, welche zwischen dem Kranken- und dem Beginn der Invalidenunterstützung bisher lag, ausgefüllt und gleichzeitig eine Bestimmung beseitigt, welche in unbegreiflicher Verkennung der öffentlichen Gesundheitspflege und aus überlebten Auffassungen heraus den Geschlechtskranken von den Wohlthaten der Krankenunterstützung ausschloß. Ob die Novelle vielleicht nicht noch einige rückschrittliche Bestimmungen enthält, theilt das Mosseblatt zwar nicht mit, indessen ist es als sicher anzunehmen. Bisher hat sich stets die Sozialpolitik der Bülow'schen Regierung in dem

Tempo bewegt, zwei Schritt vorwärts, einen rückwärts zu machen. Daß die Krankengesetznovelle davon eine rühmliche Ausnahme machen sollte, ist nicht gut anzunehmen.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages wählte am Dienstag an Stelle Singers, der bekanntlich sein Amt niedergelegt hat, den Abg. Roeren (Z.) zum Vorsitzenden, den Abg. v. Normann (K.) zum Stellvertreter, und trat sodann in die Berathung der Frage ein, ob es zulässig sei, einen Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung über einen Schlußantrag zu stellen. Nach langer Debatte stimmte die Kommission dem Antrage des Referenten zu und erklärte einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung bei Anträgen auf Vertagung und Schluß für unzulässig.

Die Etatsberathung im preußischen Abgeordnetenhause, mit der sich Montag die Erwählten der Dreiklassenherrschaft befaßten, hat seit Jahren nicht so sehr den Stempel der Unbedeutendheit und Langweiligkeit getragen, wie diesmal. Wenn nicht die Agrarier der evangelischen und katholischen Linie das Vergnügen gehabt hätten, daß einige Redner auf die Kanalvorlage anspielten und dadurch die Junker in der Mitte und auf der Rechten des Hauses zu Ausbrüchen höhnischer Heiterkeit veranlaßten, so hätten die Tribünenbesucher an der ganzen Verhandlung keinen Spaß haben können. Keiner der Redner aus dem Hause unternahm es, die in Preußen herrschende reaktionäre Politik von großen Gesichtspunkten aus zu kritisiren. Ohne irgend einen Schlager, ohne irgend einen originellen Gedanken, ohne irgend einen neuen Gesichtspunkt, im Aufbau alltäglich, in der Form ledern, so wurden die sich in die kleinlichsten Einzelheiten verlierenden Ausführungen der Etatsredner verzapft. Was könnte aus dem Material, das einer entschiedenen Opposition die innere Politik Preußens bergehoch liefert, was könnte aus diesem Material in den Händen eines Bebel, eines Auer werden, wenn etwa diese beiden den Anschauungen der freiheitlich gesinnten Bevölkerung im preußischen Abgeordnetenhause einen Widerhall geben könnten! meint die demokratische „Volksztg.“ Man kann es dem Ministerpräsidenten nicht verdenken, wenn er die Bequemlichkeit der Situation, die ihm jede tiefer dringende, schneidende Kritik aus dem Hause erspart, mit lächelndem Behagen genießt. Er darf sicher sein: So lange das Dreiklassenwahlsystem mit seiner öffentlichen Stimmabgabe noch die Sozialdemokratie aus dem Palais in der Prinz Albrechtstraße fernhält, so lange wird er es nicht erleben, daß ihm aus diesem Saale entgegentönt, wie Millionen über die „Erfolge“ einer vom junkerlichen Agrarierthum und dem Klerikalismus nach ihren Wünschen dirigirten Politik denken. Was Montag als Opposition gelten sollte, war der verbloßteste Abklatsch der Abrechnungen, die in weit zurückliegenden besseren Zeiten dereinst die demokratisch empfindenden Wortführer der alten Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhause mit dem Junkerthum vornahmen. Nur einmal merkte man etwas von einem „höheren Schwunge“. Das war, als der freisinnige Abgeordnete Ehlers zu verstehen gab, er werde mit dem „Schwung der Seele“ die — „Pfalz“ in Posen mit dem Gelde der Steuerzahler erbauen helfen. Das ist der Liberalismus von heute! Graf Bülow versuchte in die Debatte einige höhere Gesichtspunkte hineinzubringen. Er holte, um die Germanisirungspolitik der Regierung zu empfehlen, zu pathetischen Wendungen aus dem Wortschatze des Hakatismus aus. Aber diese Rede hat man in ihren rhetorischen Bestandtheilen schon öfter gehört; nur die Ziffern, die an die Ausgaben für antipolnische Zwecke erinnern, wechseln je nach den Etatsforderungen. Daß die Mittel, mit denen man die „Ostmarken“ dem Deutschthum gewinnen will, zum größten Theil verfehlt sind, diese Erfahrung bleibt trotz des Wechsels der Etatsansätze leider das einzig Beständige an der Sache.

Kleine politische Nachrichten. Wegen Beleidigung der Vorsitzenden des Ostmarkenvereins Major a. D. von Tiedemann-Seeheim, Landesökonomierath von Kennemann, Exzellenz Raschdau und Justizrath Wagner wurde Dienstag vom Berliner Gericht der Professor Dr. Hans Delbrück auf Grund eines von ihm in den Preußischen Jahrbüchern veröffentlichten Artikels gegen Hakatismus zu 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängniß verurtheilt. — Auf dem in Ancona ankernden deutschen Schulschiff „Stein“ erschoß sich der Kapitänleutnant Reiche. Der Grund ist noch unbekannt. — Nachdem nicht nur 30000 Bürger der Schweiz, wie erforderlich ist, sondern 110055 sich für die Vornahme der Volksabstimmung über den neuen Zolltarif ausgesprochen haben, hat der Bundesrath diese Abstimmung auf den 15. März festgesetzt. — Die französische Deputirtenkammer bewilligte Dienstag 500000 Francs für die nothleidenden bretonischen Fischer. — Die Steuerbedrückung in Spanien hat schon wieder Unruhen veranlaßt. In Anduja kam es wegen Erhebung des Oktrois zu Ruhestörungen. Die Bevölkerung schleuderte Steine gegen die Gensdarmen, die Feuer gaben und mehrere Personen verwundeten. Das ist immer der übliche Ausgang. Aber daran, dem Volke die erbitternden Lasten abzunehmen, denken die spanischen „Staatsmänner nicht. — Ein Revolverattentat wurde Dienstag Morgen in Konstantinopel von einem armenischen Apothekergehilfen auf den Patriarchen Ormanian verübt, als er gerade die Messe zelebrirte. Die Verletzung war so geringfügig, daß der Patriarch den Gottesdienst dennoch unbehindert fortsetzen konnte. Der Thäter, dessen Motiv Privatrache gewesen sein soll, wurde verhaftet. — Der von dem stellvertretenden Gouverneur von Süd-Karolina am 15. Januar durch einen Schuß in den Unterleib schwer verwundete Journalist Gonzales in Columbia, Herausgeber der Zeitung „The Stat“, ist gestorben.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 21. Januar 1903.

Abermals abgelehnt! Wie bestimmt verlautet, hat die Kommission des Bürgerausschusses den neuen Gesetzentwurf des Senates auf Einführung einer Geschäftssteuer einstimmig abgelehnt. Es steht auch zu erwarten, daß das Plenum des Bürgerausschusses dem Beschlusse der Kommission beitreten wird. Vielleicht läßt sich der Senat noch inzwischen überzeugen und thut ein Uebriges, indem er den Gesetzentwurf, der gleich einem Damoklesschwert über den Häuptern der Geschäftsleute schwebt, so schnell als möglich in den finstern Orkus verbannt, aus dem es kein Wiederkommen giebt. Uebrigens ist die Schnelligkeit, mit welcher die Kommission gearbeitet hat, sehr löblich; man sollte auch bei anderer Gelegenheit dasselbe Tempo einhalten.

Arbeiterrisiko. In der Möbelfabrik von J. Pamperin in der Mühlenstraße verunglückte Dienstag Abend 5½ Uhr der Arbeiter Rahlf dadurch, daß er mit der linken Hand in die Kreissäge gerieth, wobei ihm der kleine Finger völlig abgeschnitten wurde; auch sonst wurde die Hand noch mehrfach verletzt. Nachdem ihm Herr Dr. Hoffstetter den ersten Verband angelegt hatte, wurde der Verletzte mittelst Droschke in seine, in der Moislinger Allee belegene Wohnung geschafft. Der bedauernswerthe Mann wurde erst im vorigen Jahre von einem ähnlichen Unfalle betroffen.

Der Arbeiterturnverein Lübeck hält heute, Mittwoch Abend in seinem Vereinslokale, Hundestraße Nr. 41, eine Generalversammlung ab. In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung, darunter u. a. Besprechung über den Bau einer eigenen Turnhalle, ist das zahlreiche Erscheinen aller Turngenossen dringend erforderlich.

Die Kringelhöge wurde am gestrigen Tage nach alter Sitte und Art im Amtshause der Stecknitzfahrer in der Hartengrube gefeiert. Wie fast immer, so hatte sich auch diesmal das alte Lübecker Schifferfest eines guten Besuches zu erfreuen.

In der „Eisenbahn-Zeitung“ wird nunmehr doch noch der Wechsel im Verlage angezeigt, und zwar veröffentlicht Frau Ida Boy-Ed im Auftrage der C. M. Ed'schen Erben eine entsprechende Erklärung.

Der Elbe-Trave-Kanal ist wegen der zu starken Eisdecke abermals bis auf Weiteres für die Schifffahrt gesperrt.

Der hohe Schornstein, der bei dem großen Feuer auf dem Lagerplatze der Firma H. Meyer u. Co. stehen geblieben war, wurde Dienstag Nachmittag gegen 2 Uhr von Harburger Pionieren mittelst Dynamit gesprengt. Trotzdem die Sprengung möglichst geheim gehalten worden war, hatte sich doch eine ziemlich zahlreiche Zuschauermenge auf dem benachbarten Gelände eingefunden. Die Sprengung verlief ohne irgend welchen Unfall; im Uebrigen hatte auch die Polizei umfassende Maßnahmen zur Sicherung von Personen und Eigenthum getroffen. — Wie wir noch erfahren, wurden zur Sprengung 45 Patronen à 75 Gramm Dynamit benutzt.

Aus dem Gerichtssaal. Als der Arbeiter F. aus Kleinendorf am 21. Dezember den Weihnachtsmarkt besuchte, bemerkte er, daß ein Schuhmacher sich von seiner Bude entfernt hatte. Diesen Umstand benutzte er, um sich schnell ein Paar Schuhe anzueignen. Er wurde jedoch entdeckt und die I. Strafkammer verurtheilte ihn am Montag für sein Vergehen in Anbetracht der Vorstrafen zu sechs Monaten Gefängniß. — Wegen Einbruchsdiebstahls — er war in das Haus des Arbeiters Böckenhauer in Wulfsdorf eingebrochen und hatte 40 Mark baares Geld sowie eine Brosche gestohlen — verurtheilte dasselbe Gericht den erheblich vorbestraften Arbeiter M. aus Ottendorf zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust; von der weiteren Anklage, dem Bahnhofswirth Knoll 50 Pf. entwendet zu haben, wurde er dagegen, wegen mangelnder Beweise, freigesprochen. — Einigen Erfolg hatte der Händler T. aus Scharbeutz mit seiner Berufung gegen ein Urtheil des Schöffengerichts in Ahrensbök, das ihn wegen Körperverletzung, Bedrohung und Diebstahls zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt hatte. Die Strafkammer sah die Bedrohung nicht als erwiesen an, hob deshalb das Ahrensböker Urtheil auf und verurtheilte den im Uebrigen schon häufig vorbestraften Angeklagten zu einer Gesammtstrafe von 10 Wochen 5 Tagen Gefängniß.

Den Offenbarungseid leisteten im Dezember 8 Personen vor dem hiesigen Amtsgericht.

pb. **Festgenommen** wurde ein Schmiedegeselle aus Cörne, der seitens der Königlichen Staatsanwaltschaft in Essen wegen Einbruchsdiebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Rotguß-Diebstahl.** Seitens der Leitung einer hiesigen größeren Fabrik wurde zur Anzeige gebracht, daß in letzter Zeit fortgesetzt Rotguß gestohlen werde. Der Dieb wurde in der Person eines in der Fabrik thätigen Arbeiters ermittelt. Auch wegen Hehlerei werden mehrere Personen zur Verantwortung gezogen werden.

Eutin. Der oldenburgische Landtag beschloß Dienstag mit 20 gegen 19 Stimmen, den Antrag des Abg. Ahlhorn auf Einführung des geheimen direkten Wahlrechts im Großherzogthum der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Gremsmühlen. Im Dieksee ertranken zwei Gymnasiasten beim Schlittschuhlaufen, ein dritter konnte noch gerettet werden. — Im Meinsdorfer Dorfteiche ertrank der neunjährige Sohn des Arbeiter Schacht. Die Familie hat bereits auf ähnliche Weise vor Jahren ein Kind verloren.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der Hamburger Dampfer „Karl Woermann“ wäre Montag in der Nähe der canarischen Inseln bald untergegangen. Auf hoher See sprang eine Kesselröhre, wodurch der Rumpf beschädigt wurde, so daß alsbald Wasser den Kielraum füllte. Ein englischer Dampfer, dessen Hilfe er erbat, schleppte den „Karl Woermann“ in den Hafen von Corunna. Dagegen ist der Hamburger Schooner „August“ unweit Kinsale untergegangen. Mit Ausnahme des Kapitäns, der ertrank, konnte die Mannschaft gerettet werden. — In der Nacht auf Montag haben Einbrecher verschiedenen Uhrenläden in Altona Besuche abgestattet und an einer Stelle erhebliche Beute gemacht. So haben sie bei dem Uhrmacher Cahnbley in der großen Mühlenstraße die Ladenscheibe mittelst eines Mauersteins zertrümmert und aus den Schaufenstern goldene und silberne Uhren von bedeutendem Werthe gestohlen. — Endlich ist ein Termin zur Hauptverhandlung in Sachen der Primus-Katastrophe anberaumt. Am Dienstag, 17. Februar, wird vor der Strafkammer I des Altonaer Landgerichts gegen den Führer des Hamburger Dampfers „Hansa“, Kapitän Sachs, und den Maschinisten dieses Dampfers wegen fahrlässiger Tötung verhandelt werden. — Wie aus Harburg a. E. berichtet wird, mußte die Elbschifffahrt infolge des Eisstandes eingestellt werden. Der Personendampfer „Union“ saß auf dem Wege nach Hamburg in der Süderelbe neun Stunden lang fest. Auch die Eisbrecher hatten keinen Erfolg. Der Deich ist stellenweise durch das Eis gefährdet. — Durch den Hufschlag eines Pferdes gegen den Unterleib wurde der Knecht des Hufners Schümann in Hasenmoor bei Segeberg so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit verstarb.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Haupt- und Hülfskomitee vom Weihnachtsvergnügen der Bauarbeiter. Sitzung am Donnerstag den 22. Januar, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus.

Die Beerdigung meines verstorbenen Mannes **Joachim Bohnsack** findet am Donnerstag, Nachmittag 3 Uhr, vom Sterbehause, Bitterstraße 5, aus statt. **Luise Bohnsack.**

Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage Herrn Pastor Becker für die trostreichen Worte, sowie dem Gesangverein „Eiche“ und allen Denen, die dem Sarge folgten, meinen innigsten Dank.

Bernhard Wilms.

Zu vermiethen eine Wohnung
zum ersten April
Engelswisch 33/1.

Billig zu verkaufen **ein dunkelrothes Cheviotkleid,** auch passend für Konfirmanden.
Dornestraße 37, 2. Etg.

Eine Zugängerin
sofort gesucht **Johannisstraße 70,** 2. Etg

Möbelkäufern
empfehle ich
mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter
Möbel jeder Art.
Folkers' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Salonfaß **Gambrinus** | **Bavaria-Brauerei** | Salonfaß **Gambrinus**
Altona-Hamburg.

Von heute ab beginnt der **Ausschank unseres vorzüglichen**

Bock-Bieres.

Ferner empfehle unsere anerkannt guten
Lager-, Tafel- und Märzenbiere
in Gebinden und Flaschen.

Sämmtliche Biere sind auch im Salonfaß „Gambrinus“ erhältlich. Da das Bier in diesen Fässern stets unter Kohlensäuredruck steht, so ist es bis zum letzten Glase frisch und klar. Namentlich geeignet für Gesellschaften und Festlichkeiten.
Verkaufsstellen für Salonfaß „Gambrinus“ Mühlenthor, Gebr. Begasse, Uhlandstraße 7. Burgthor, Hamann, Große Gröpelgrube.

H. Wirbel
Niederlage: Lindenstrasse 60a
Eingang Emilienstrasse.
Fernsprecher 474.

Salonfaß **Gambrinus** | Salonfaß **Gambrinus**

Nur noch bis Sonnabend

Fortsetzung unseres **Inventur-Ausverkaufs.**

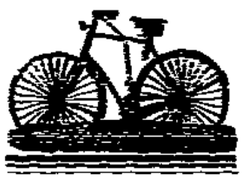
Warenhaus Hansa

Sarg-Magazin
von
Georg Behnck
4 Marendorpstraße 4 (St. Lorenz).
Empfehle mein Lager von fertigen Särgen in allen Größen und Preislagen bei sofortiger Lieferung zu billigsten Preisen.
Sterbe-Kleider u. Wäsche in größter Auswahl.

Verkauf in Gebinden u. Flaschen: Gr. Grüpelgrube 23
und in vielen einschlägigen Geschäften.

Wirthen und Händlern Vorzugspreise.

Um damit zu räumen
verkaufe von heute an:
Fahrrad-Laternen



(Acetylen, Oel und Kerzen)
25—30 pCt. unterm Preis.
H. Benthien
Lübeck, Fackenbg. Allee 53.

Die Nord-Wacht.
Viermal wöchentlich erscheinendes politisches Organ für das werkthätige Volk Nordwestdeutschlands.
Preis monatl. 50 Pfg., vierteljährl. 1.50 Mk.
Redaktion u. Exped.: Bant, Neue Wilh.-Str. 82
— Postzeitungsliste Nr. 5820 —
Zur Agitation auf dem Lande ganz besonders geeignet.
Probenummern stehen zur Verfügung.

Scherm's
Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1,50 Mk. —
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Es lohnt sich

die jetzt im Ausverkauf ausliegenden Waaren anzusehen.

Von **Donnerstag Morgen** an

kommen u. A. zum Verkauf:

Capotten in Wolle u. Tuch
jetzt Stück 20 und 30 Pfg.

Lange helle Ballhandschuhe Paar 15 Pfg.
Weiße Damast-Handtücher, 50×110 cm groß, **40 Pfg.**
Augendrell-Handtücher, 42×100 cm groß, schwere Qualität, **jetzt Stück 25 Pfg.**
Ausrangirte einzelne bessere Tischtücher 60 u. 120 Pf.
Gummi-Decken für die Küche Stück 30 und 40 Pfg.
Eine Parthie Normal-Hemden, prima, Stück 1,20 Mk.
Eine Parthie Normal-Hosen, prima, Stück 1,00 Mk.

Eine Menge Reste fabelhaft billig!

Buckskin-Reste, ½ m 0,60 cm Stück 65—90 Pfg., gute schwere Qualitäten.
Schwarze Kleiderstoff-Reste, 1—4 m, ca. 60 Pfg. bis 3,00 Mk.
Schwarze Kleiderstoff-Reste, reine Wolle, ca. 6 m, jetzt 4,20—4,80 Mk.

Grossartige Gelegenheit für die Konfirmation.

Gebleicht Piqué- und Croisé-Reste, ca. 2 m, jetzt 70 Pfg.
Bunte Bett-Ueberzug-Reste, 3½ m, ohne Naht, jetzt 1,75 Mk.
Bunte Kissen-Ueberzug-Reste, ca. 1½ m, jetzt 40 Pfg.
Schürzen-Blaudruck-Reste, doppelt breit, 58 Pfg.
Grobfädiges Hemdentuch, 5 m für 1,40, 10 m für 2,75 Mk. ist noch vorräthig.
Billige Damen-Hemden mit Spitze 48 Pfg.
Damen-Kleiderhalbtuche, doppelt breit, in braun, blau, grün und grau, Reste von 5½ m, jetzt 2,75 Mk.

In der **Abtheilung für Herren-Konfektion liegen noch Schleuder-Artikel** aus!

Otto Albers

Kohlmarkt 10. Lübeck. Markt 4.

Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter.
(E. H. Nr. 24.)

General-Versammlung
am Montag den 26. Januar 1903
Abends 8½ Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902 und Jahresbilanz.
2. Wahlen nach § 17 des Statuts sowie Wahl der Boten.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

NB. Nach Schluß der Versammlung Vorlegung der Jahres-Abrechnung der Frauen-Sterbe-Kasse.

Der Vorstand.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Hochfeine Margarine
der Margarine-Fabrik Klatt & Dittmann in Altona-Ottensen
empfiehlt zu Fabrikpreisen
der General-Vertreter: Leopold Dose, Lübeck, Breitestraße 3 (Fernsprecher 811)
Stets Lager in Gebinden von 10, 30, 50 und 100 Pfd. Inhalt.

Eine Parthie Norweger
Flohmheringe
3 Stück 10 Pfg.
empfiehlt
Aug. Jensen, Hartengrube 21.

Schweinefleisch	per Pfund	65 Pfg.
Karbonade	per Pfund	70 Pfg.
Salzfleisch	per Pfund	65 Pfg.
Rauchfleisch	per Pfund	70 Pfg.
Schweinehaxen	per Pfund	90 Pfg.

dicke und dünne Rippen
empfiehlt
H. Timm, Große Altefähre 1.

Zimmerer

Versammlung
am Donnerstag den 22. Januar
Abends 8 Uhr
Bericht über die Verhandlung mit der Innung und dem Bund der Maurer- und Zimmermeister betr. der Lohnfrage.
2. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.

Der Vorstand.

Kranken- u. Sterbekasse Fidelitas
E. H. Nr. 19.

General-Versammlung
am Sonnabend den 24. Januar
Abends 9 Uhr
in den Centralhallen (oberer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verflossenen Halbjahr.
2. Jährliche Abrechnung.
3. Vorstandswahl l. § 17.
4. Antrag betreffend § 22 Abs. 3.
5. Verschiedenes.

NB. Da die Versammlung am 12. Januar wegen Beschlußunfähigkeit vertagt ist, so wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Generalversammlung beschlußfähig ist. § 22 Abs. 3.

Der Vorstand.

Waisen-Hof.
Benefiz-Ball
der Bedienung
Donnerstag den 22. Januar 1903
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf. Ende 2 Uhr.
Die Bedienung.

Circus Variété Reuterkrug.
Nur noch 5 Tage.
das mit großem Beifall aufgenommene
schwedische Pöttingerquintett
sowie Auftreten sämmtlicher anderen Spezialitäten.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater.
Donnerstag den 22. Januar, 7½ Uhr:
116. Vorst. 102. Ab. Vorst. 17. Donnerst. Ab.
Die weiße Dame.
Komische Oper in 3 Akten von Boieldieu.
Freitag: **Nonna Vanna.** Sonnabend: (Gastspiel Prevosti) **Carmen.** Sonntag 4 Uhr: **Die Meistersinger.** Montag: **Fidelio.**

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 18. Donnerstag, den 22. Januar 1903 10. Jahrgang.

Der Etat im Reichstage.

Unser parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns:

Der Reichstag begann am Montag gleichzeitig mit dem preußischen Abgeordnetenhause — genauer gesagt allerdings 3 Stunden später — seine diesjährige Etatsberathung. Die bekanntesten ältesten Männer erinnern sich nicht an eine so späte Verhandlung über den Staatshaushalt, die sonst durchweg im Dezember vorgenommen zu werden pflegte, spätestens aber auf der Tagesordnung der ersten Januarsitzung erschien. Und wie die diesjährige Etatsberathung ungewöhnlich spät, so hat sie auch ungewöhnlich flau angehoben. Statt daß, wie sonst bei derartigen Gelegenheiten, ein volles Haus der Dinge harrte, die da kommen sollten, starrte den Beschauern ein gähnende Leere entgegen. Verödet waren namentlich die Junkerbänke: der „blaue Montag", um den die Gesellen des Mittelalters so erbitterte Kämpfe führten, scheint sich im Laufe der Jahrhunderte zu einer sehr aristokratischen Institution entwickelt zu haben. Aber auch die Tribünen, mit einziger Ausnahme der Journalistentribüne, waren auffällig leer: die stürmischen Tarifverhandlungen scheinen alles verzehrt zu haben, was im Publikum an sozusagen persönlichem Interesse an den Reichstagsverhandlungen vorhanden ist. Einsam und verlassen lag die Hoftribüne da: die Diplomatenloge wies ganze drei Insassen, darunter zwei weiblichen Geschlechtes, auf; die Anziehungskraft bülowscher Reden auf seine auswärtigen Kollegen scheint stark im Abnehmen begriffen. Nur die Bundesrathsestrade — aber auch sie erst im Laufe der Sitzung — wies die bei Etatsberathungen usuelle stattliche Bevölkerung auf. Im Anfang machte augenscheinlich das Dreiklassenhaus der Versammlung der Erwählten des allgemeinen Stimmrechts arge Konkurrenz. Bei der Personalunion zwischen Reichskanzler und Ministerpräsident läßt es sich nun einmal nicht machen, daß der Reichskanzler zur selben Stunde am Königsplatz venezolanische Blockadenpolitik treiben kann, in welcher der Ministerpräsident in der Prinz Albrecht-Straße das Hifthorn zu einer frisch-fromm-fröhlich-freien Polenhatz aus dem zitatensprudelnden Mund ansetzt. So mußte, dieweil Graf Bernhard am Posener Königsschloß baut, Freiherr v. Thielmann den Reichstag über Castro, Defizit, Wasserpalast und sparsame, aber trotzdem den Voranschlag überschreitende Ressortchefs so angenehm unterhalten, als es dem etwas nüchternen Finanzherrn möglich ist, dem die Natur Phili Eulenburgs dilatorische Talente nun einmal versagt hat.

Indessen würde es auch einem von Joseph Lauff und Ernst von Wildenbruch flankirten Phili nicht gelungen sein, durch schmetternde Posaunentöne und jambischen Silbenfall den Reichstag über die ach so prosaische Finanzklemme wegzutäuschen, in welche angeblich die wirthschaftliche Depression, in der That aber Molochs unersättliche Land- und Wasserforderungen, das deutsche Reich gebracht haben. Defizit, Anleihe, Mehrausgaben, Mindereinnahmen: es war eine traurige Litanei, die Herr v. Thielmann in seiner eintönigen Weise geschlagene anderthalb Stunden ableierte. Echt preußisch — verdeutscht war es, daß der Staatssekretär ein wenig verblümt, aber doch deutlich genug, die „sozialpolitischen Lasten" für die traurige Lage der Reichskasse verantwortlich machen wollte, dieweil auch diese traurige Lage in seinen Augen noch längst kein hinreichender Grund ist, um den projektirten Bau eines neuen Flottenpalastes einzustellen, ja auch nur auf etwas billigerem Grund und Boden aufzuführen. Die „ausschlaggebende Partei", das Zentrum, ließ es sich nicht nehmen, den ersten Abgeordneten, der den Reigen der „Redner aus dem Hause" eröffnete, aus seiner Mitte zu stellen. Der Volksverrath und der Rechtsbruch, den diese fürtreffliche Partei in Sachen des Zolltarifs begangen hat, mochten es den Führern der schwarzen Garde angebracht erscheinen lassen, einmal zur Abwechslung wieder „demokratisch" aufzutrumpfen. So wurde kein emeritirter Offizier, kein richterlicher Würdenträger, kein reichbegüterter Landgrande vorgeschickt: der Urbayer Schädler, dem es gegebenenfalls an einer gutbemessenen Portion Grobheit keineswegs fehlt, erhielt den Auftrag, das Banner des strengen Konstitutionalismus aufzuhissen. Er entledigte sich dieser Aufgabe mit unleugbarem Geschick. Von den Handelsverträgen und der nothschreienden Landwirthschaft sprach er möglichst wenig; von den Etatsüberschreitungen und den Militär- und Marineforderungen möglichst viel. Wie ein deutscher Hampden vertheidigte er das Budgetrecht des Parlaments, das, wie er durchaus zutreffend ausführte, durch die gewohnheitsmäßigen Etatsüberschreitungen zu einer leeren Farce gemacht wird; mit tribunicischem Grimme stellte er die künftige Nichtgenehmigung derartiger Ueberschreitungen in drohende Aussicht; sogar dem wohlassortierten Arsenale des Herrn Max Harden entlehnte er Waffen, die er mit kriegerischer Gebärde wider die Reichsregierung schwang. Nur schade, daß der Hauptmitschuldige an der Finanzpolitik, die der Zentrumsredner geißelte — eben das Zentrum ist. Das unehrerbietige Gelächter, mit dem die Linke Herrn Schädlers „demokratische" Drohungen begleitete, mochte dem streitbaren Herrn zeigen, wie hoch seine pomphaften Worte bewerthet werden. Um über den wahren Werth dieser Drohungen gar keinen Zweifel zu lassen, bekannte sich der Zentrumsredner zum Schluß mit phrasenhafter Emphase zur Weltpolitik. Daß er seine Partei als die bewährte Hüterin des Reichstagswahlrechts hinstellte, versteht sich am Rande: die bevorstehenden Wahlen erklären zur Genüge, weshalb er diese seine Behauptung mit ganz besonders lauter Stimme in die Welt hinauszurufen für nöthig erachtete.

Einen breiten Raum in den Schädler'schen Ausführungen nahmen Betrachtungen über das bekannte Swinemünder Entrüstungstelegramm an den Prinzregenten Luitpold ein. Die eigenthümliche „Preßfreiheit", die im Deutschen Reiche besteht, verbietet uns, an dieser Stelle hierauf näher einzugehen; wir verweisen daher die Leser auf den Gott sei Dank noch vor strafrechtlicher Verfolgung geschützten Reichstagsbericht. Der betreffende Passus der Schädlerrede verschaffte dem Hause den Genuß einer Bülow-Deklamation. Der inzwischen mit den Polen fertig gewordene Reichskanzler war einige Zeit zuvor im Reichstage erschienen. Der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe mußte er antworten. Ueber seine verlegenen Ausflüchte den Mantel liebevollen Schweigens zu breiten, ist Christen- ja einfach Menschenpflicht. Wir trauen Lauras Schwiegersohne soviel Selbsterkenntniß zu, daß er nicht geglaubt habe, mit dem Töff-Töff-Tempo seiner Rede — den bedauernswerthen Stenographen bluteten die Finger, wie jener Spinnerin im Märchen — die Zuhörer über seine peinliche Verlegenheit hinwegtäuschen zu können. Schon die Bibel sagt, daß es schwer ist, zween Herren zu dienen: und das Zentrum ist kein einsichtiger Gebieter. Schließlich kann es ja auch für seine Zoll-, Schiff- und Soldatenschenkungen etwas verlangen . . .

Graf Stolberg sorgte für Langeweile; doch machte er es gnädig und kurz. Gegen Militärforderungen hat er nichts, gegen die Beschickung der Weltausstellung von St. Louis viel einzuwenden. Vermißt wurde in seiner Rede die Erklärung, daß er der nothleidenden Reichskasse die Mehreinnahmen zur Verfügung stellen werde, die ihm aus den erhöhten Getreidezöllen erwachsen. Vielleicht wird er's nach biblischer Vorschrift still und heimlich thun, sodaß es die Leute nicht sehen.

Gegen 6 Uhr wurde Schluß gemacht. Am Dienstag um 1 Uhr gehts weiter.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Zwecks Beilegung des Leipziger Steinbildhauerstreiks ist von beiden Seiten das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden. — In der Metallfaçonzieherei von E. J. Post in Köln-Ehrenfeld sind 95 Personen, darunter 12 Arbeiterinnen, in den Ausstand eingetreten. Die Ausständigen bezeichnen das eingeführte Akkordsystem als unzulänglich zur Erzielung eines auskömmlichen Lohnes. Die Firma verhält sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend. — Der Ausstand auf dem Stahl- und Walzwerk Wehbach bei Betzdorf mußte ohne Erfolg beendet werden. — Wegen Einführung der Akkordarbeit haben 70 Portefeuiller in Wien die Arbeit niedergelegt. — Ein allgemeiner Dockarbeiterstreik droht in Amsterdam auszubrechen, weil die Unternehmer den Austritt aus der Organisation fordern. Der Streik wäre für den Verkehr um so schwerer wiegend, als Montag die Fuhrleute von drei großen Gesellschaften einen Lohnstreik begonnen haben, die Postwagen werden daher einstweilen von Werkmeistern unter Begleitung von Schutzleuten gefahren.

Die 10 stündige Arbeitszeit wurde in den städtischen Betrieben Wiesbadens eingeführt.

Wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Lewinsky wurde der Redakteur des Bureauangestellten, Bauer, sowie der Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung", Dr. Bachler, zu je 300 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Der letztere wurde außerdem wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung des Rechtsanwalts Lewinsky zu 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Prozeß Schleue und Genossen. Vor der Strafkammer in Magdeburg fand am Montag endlich der unlängst angekündigte Prozeß Schleue und Genossen statt. Angeklagt waren 1) der Maurer Theodor Schleue, 2) der Arbeiter Karl Busch und 3) der Arbeiter Anton Herwig in Klein-Ottersleben. Vorgeworfen wurde den Angeklagten, im August 1902 versucht zu haben, die Bauunternehmer Kräbel und Lochner durch Drohung zur Zahlung höherer Löhne zu nöthigen und dadurch ihren Kollegen einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen. Außerdem sollten sie Arbeitswillige durch Drohungen und Verrufserklärung zu bestimmen versucht haben, an Verabredungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen theilzunehmen und ihnen Folge zu leisten. Ferner sollte Schleue den Bauunternehmer Kräbel durch Schimpfreden öffentlich beleidigt haben und in das umfriedigte Besitzthum der Bauherren Kräbel und Lochner widerrechtlich eingedrungen sein, und sich von dort auf die Aufforderung der Berechtigten Kräbel und Lochner nicht entfernt haben. Das Urtheil lautete gegen Schleue auf 1 Monat 3 Tage Gefängniß, wegen Beleidigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, gegen Busch wegen Bedrohung und Beleidigung auf 1 Monat Gefängniß, gegen Herwig wegen Beleidigung auf 30 Mark Geldstrafe. Schleue und Herwig wurden von der Anklage der versuchten Erpressung und sämmtliche Angeklagte von der Anklage des Hausfriedensbruches freigesprochen.

Der Kampf der Zivilmusiker um ihre Existenz. Einen Aufruf zu einer allgemeinen Protestbewegung gegen einen Bundesrathsbeschluß erläßt der Allgemeine deutsche Musikerverband. Der Verband hat seinerzeit an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, worin er um Aufhebung der Fahrpreisermäßigungen für Militärmusiker bei ihren Konzertreisen ersuchte. Der Reichstag überwies diese Petition dem Bundesrathe zur Berücksichtigung, dieser jedoch lehnte das Verlangen der Petenten bekanntlich rundweg ab. Jetzt sollen allerorten von den Lokalvereinen des Verbandes Protest-Versammlungen gegen die Haltung des Bundesraths wie gegen die überhandnehmende Konkurrenz der Militärmusiker abgehalten werden.

Kurz und schneidig. Auf telegraphische Anweisung des Bezirksdirektors zu Apolda ist eine vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei nach Rothenstein bei Jena, in dem Wahlkreis Bassermanns, einberufene Volksversammlung, in der der sozialdemokratische Kandidat des dritten weimarischen Wahlkreises über „die nächsten Reichstagswahlen" referieren sollte, verboten worden, und zwar ohne Angabe von Gründen. Das an den Gemeindevorstand von Rothenstein gerichtete Telegramm des Bezirksdirektors hatte folgenden Wortlaut: „Versammlung verbieten. Bezirksdirektor." — Kürzer und einfacher kann man's nicht machen!

Aus Nah und Fern.

Erste Hülfe in Berlin. Eine schier unglaubliche Geschichte brachte jüngst eine Gerichtsverhandlung vor dem Berliner Landgericht an die Oeffentlichkeit. Der Angeklagte hatte sich wegen Beleidigung des Kuratoriums einer Berliner Unfallstation zu verantworten. Er behauptete, alle von ihm

---

Der einzige Zeuge.

Kriminalnovelle von Friedrich Thieme.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sobald ich Kenntniß von der Beschuldigung Ihres Onkels erlangt, war es zu spät," sagte Botho, „ich würde dann die Zahlung der Wechsel auch nicht bewirkt haben, wenn ich im Besitz des erforderlichen Geldes gewesen wäre. Nicht ich, sondern er hatte für die Deckung zu sorgen — die Zahlung meinerseits hätte das stillschweigende Eingeständniß, daß mit den Papieren nicht alles in Ordnung sei, eingeschlossen. Nein, nein, die Sache muß jetzt ihren Lauf haben — ich danke Ihnen für Ihre gute Meinung, Herr Assessor, und für den Muth, welchen Sie manifestiren, indem Sie noch mit mir verkehren. Denn nicht nur der Fälschung wagte man mich zu bezichtigen, sondern auch des Diebstahls!"

Der Assessor stampfte empört mit dem Fuße den Boden.

„Ich habe meinem Onkel schon gestern Abend meine Ansicht gründlich auseinandergesetzt, Herr Baron. Als seinerzeit der Diebstahl entdeckt wurde, befand ich mich bei ihm — er war von Anfang an der Anschauung, daß nur einer seiner Bediensteten der Dieb sein könne, und hat diese Anschauung bis zuletzt immer vertreten. Wenn er jetzt einer anderen Ausdruck verleiht, so spricht nur sein Haß aus ihm, er zürnt Ihnen ob der erfahrenen Zurückweisung, und seine niedrige Natur verlangt nach einer angemessenen Rache. Verwundern Sie sich nicht, mich so über den Bruder meiner theuren Mutter sprechen zu hören, gnädige Frau," wandte er sich erklärend an Adelheid. „Zwischen uns hat stets nur ein äußeres, nie ein geistiges Band bestanden, unsere Beziehungen sind durch unsere persönliche Bekanntschaft keine innigeren geworden, und das Vorgehen gegen Sie entfremdet mich ihm gänzlich."

„So halten auch Sie lediglich Rachsucht für den Beweggrund seiner Handlungsweise und glauben nicht, daß von Anfang an die Absicht, meinem Gemahl den Untergang zu bereiten, seine Schritte geleitet hat?"

„Wie sollte das wohl sein können? Sein Benehmen entspricht seiner Rachsucht, keinem anderen Triebe."

„Und doch deutet alles darauf hin, daß er sich bereits mit der Idee getragen haben muß, als ich ihn wegen des Darlehns aufsuchte," erklärte Botho kopfschüttelnd. „Grade weil seine Motive so unverständlich sind, traut man ihm eine Schurkerei, wie er sie an mir begeht, nicht zu. Die Macht der Gewohnheit thut das übrige — es kommt so viel häufiger vor, daß Wechsel gefälscht, als daß völlig echte Accepte als gefälscht bezeichnet werden."

Er begleitete seine Worte mit demselben bitteren, trostlosen Lachen, daß ihm heute schon im Bureau des Rechtsanwalts entfahren war.

„Wollen Sie uns nicht ins Haus begleiten, Herr Assessor? Emma wird große Freude über Ihren Besuch empfinden," fügte er hinzu.

Alfred von Monack erröthete, zögerte aber der Einladung Folge zu leisten.

Botho schaute ihn fragend an.

„Dürfte ich Sie vorher um einige Worte unter vier Augen bitten?" sprach der Assessor verlegen.

„Bitte."

Botho schritt ihm voraus, einer der Lauben des Gartens zu, wo beide einander gegenüber Platz nahmen.

„Verzeihen Sie mir, wenn ich gerade den gegenwärtigen Augenblick zu dem wähle, was ich Ihnen zu sagen habe," begann der Assessor leicht erröthend. „Ich weiß wohl, Ihre Gedanken nehmen jetzt einen ganz anderen Flug, und Sie dürfen wohl erwarten, daß ich darauf gebührend Rücksicht nehme. Indessen — die Liebe verlangt Gewißheit, und — Sie werden es gewiß schon wahrgenommen haben — ich liebe Fräulein Emma schon seit Monaten, liebte sie fast vom ersten Augenblicke an, da ich sie sah, mit aller Innigkeit meiner Seele. Längst hätte ich mich Ihnen entdeckt, aber ich wollte nicht eher vor Sie und Emma hintreten, bis ich meine feste Anstellung in der Tasche hatte. Seit zwei Tages ist das der Fall, und da —"

Er stockte. Der finstere Blick des Barons erstickte den Fluß seiner Rede.

„Sie zürnen mir, Herr Baron? Weil ich zu so unpassender Stunde —"

„Warum sollte ich, Herr Assessor? Gerade dadurch, daß Sie um die Hand meiner geliebten Schwester zu einer Zeit werben, wo ein entehrender Verdacht auf dem Namen ruht, den sie trägt, beweisen Sie mir die Aufrichtigkeit Ihrer Liebe zu Emma und Ihres Vertrauens zu meiner Ehre. Aber eben diese meine Ehre läßt es nicht zu, Ihre Leidenschaft zu betrügen — Sie sind kein allzu wohlhabender Mann, und Ihre Stellung erfordert Repräsentation; Emma aber ist arm, sehr arm — außerdem müssen Sie auch wohl erwägen, ob Sie es wagen dürfen, die Schwester eines Fälschers in die exclusiven Kreise einzuführen, mit denen Ihre diplomatische Zukunft Sie in Berührung bringt.

„Ich pfeife auf die Gesellschaft, Herr Baron — und was die Repräsentation anbelangt, so glaube ich, daß kein Diener des Staates in weiterem Rahmen zu dieser verpflichtet ist, als der Staat es von ihm fordert — und fordern kann er es von ihm doch nur insoweit, als er ihm selber die Mittel dazu zur Verfügung stellt. Wäre es anders, so würde dem Staate manche schätzbare Intelligenz verloren gehen, denn Geld und Geist sind nicht Brüder."

„Brav gesprochen, lieber Herr Assessor," versetzte Botho mit einem schwachen Versuche zu lächeln, indem er dem jungen Manne die Hand reichte. „Unterschätzen Sie jedoch meine Einwendungen nicht, Sie werden dereinst vielleicht einsehen, daß ihre Bedeutung größer ist, als Sie sich jetzt vorstellen. Ich für meine Person heiße Sie natürlich mit Freuden als Schwager willkommen, ja, die großherzige Art Ihrer Werbung

in einer Beschwerdeschrift vorgebrachten Anwürfe seien wahr, und er werde das beweisen. Der Mann war — nach seiner Angabe — in einer Augustnacht in einem Raufhandel schwer verletzt worden und sei, aus verschiedenen Stichwunden blutend, auf der Straße liegen geblieben, wo ihn ein Wachmann fand. Er bat diesen, ihn auf die Unfallstation zu bringen, und sagte, er möchte nicht gern auf die Wachstube seines Reviers, weil er in dem Prozeß wegen des ermordeten Rittmeisters v. Krosigk für die Offiziere ungünstig ausgesagt habe und die Wachleute seither nicht gut auf ihn zu sprechen seien. In der Unfallstation angelangt, stieß ihn der Wachmann die Treppe hinauf und übergab ihn dem Wärter mit den Worten: „Das Aas simulirt!" Dann sei der Arzt erschienen, mit dem der Wachmann leise einige Worte sprach, von denen der Verwundete nur die Worte „Krosigk-Prozeß" und „Polizei" verstand. Dann wurde er während des Verbindens von Arzt, Wärter und Wachmann mißhandelt und beschimpft; der Wärter würgte ihn und der Arzt versetzte ihm eine Ohrfeige. Hierauf wurde er mit Fußtritten regalirt, über die Treppe hinuntergeschleift und in einen Einspänner geworfen, so daß während der Fahrt die Beine zur offenen Wagenthür hinaushingen. So kam er endlich nach Hause. Der Angeklagte betheuerte wiederholt, daß er sich keiner Uebertreibung, geschweige denn einer Unwahrheit schuldig mache. In der That mußte das Gericht den Angeklagten freisprechen, weil es durch die Zeugenaussagen als erwiesen annahm, daß der Verunglückte auf der Rettungsstation gewürgt und geohrfeigt, über die Treppe geschleift und mit Fußtritten mißhandelt wurde.

Kruppgerüchte, schreibt die Dortmunder „Arbeiterzeitung", werden seit einigen Tagen kolportirt. Demnach soll Krupp gar nicht todt, sondern ins Ausland geflüchtet sein, während man in Essen eine Wachspuppe begraben habe. Das Gerücht ist zum Theil dadurch entstanden, weil, wie behauptet wird, kein Mensch die Leiche Krupps gesehen hat, selbst der Tischler nicht, der den Sarg machte; zum Theil dürfte es sich aber auch um eine Variation ähnlicher Gerüchte von früher handeln. Die „Elberfelder Freie Presse" erinnert daran, wie in den 80er Jahren das Gerücht auftauchte, Wilhelm I. sei todt, aber Bismarck wolle seine herrschende Position, welche er unter dem greisen Kaiser inne hatte, nicht aufgeben und habe deswegen dessen Tod verheimlicht und einen alten Feldwebel die Rolle des Kaisers spielen lassen. Daß derartige Gerüchte entstehen und ernsthaft verbreitet werden, beweist, daß man das Behauptete für möglich hält. Und in der That kennt die Geschichte der Fürstenhöfe manches, was sich kein gewöhnlicher Sterblicher hätte träumen lassen. Wenn jetzt Krupp in dieselbe Stellung rangirt, so kommt das daher, weil er fürstlich gelebt hat und über fürstliche Mittel verfügte. — Wenn es wahr ist, daß niemand die Leiche Krupps gesehen hat, so läßt sich das übrigens auch noch auf andere Weise erklären. Nach den neuesten Aufklärungen über die Affaire hat die Ansicht, Krupp habe selbst Hand an sich gelegt, breiteren Boden gefunden. Eine dahingehende Bestätigung, welche die Besichtigung der Leiche im anzutreffenden Falle wahrscheinlich gebracht hätte, würde aber den Scharfmachern ihr Konzept gründlich verdorben haben. Anderseits wäre es aber menschlich begreiflich, wenn der an alle nur denkbaren Genüsse gewöhnte Krupp ein Scheintodsein einem freiwilligen Tod vorgezogen habe!

Unter sicherer Flagge. Von der Strafkammer in Krefeld wurden zwei „schwere Jungens", der Bäcker Machers und der Kutscher Keppler, wegen verschiedener Einbrüche zu 4 und 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Keppler machte den Polizeispitzel, um ungestörter das Diebeshandwerk üben zu können.

Wegen Mißhandlung eines Polizeibeamten hatte die Strafkammer in Düsseldorf am 11 August v. Js. den Stuhlflechter Reinhold Kemona zu 2 Jahren 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Nachdem K. bereits einen Theil der Strafe verbüßt hatte, wurde er dieser Tage im Wiederaufnahmeverfahren von der gleichen Gerichtsinstanz freigesprochen.

Streikende Stadtväter. Ueber die Finanzirung des Münchener Gemeindestats pro 1903 ist es zwischen Liberalen und Zentrum zu einem Konflikt gekommen. Der liberale Gemeindebevollmächtigte v. Weidert hatte in vertraulicher Zwiesprache mit dem ultramontanen Kollegen Leib — beides Führer ihrer Parteien — die Finanzlage Münchens bemängelt und zu Ungunsten des jetzigen ersten Bürgermeisters einen Vergleich mit dem früheren gezogen. Auf diese Privatgespräche berief sich der Zentrumsmann in öffentlicher Sitzung, um seine eigenen Ausführungen damit zu belegen. Herr v. Weidert bezeichnete dieses Vorgehen seitens des Oppositionsführers als Denunziation, worauf die ultramontane Minorität die Gekränkte spielte, den Sitzungssaal in corpore verließ und seitdem sich weigert, an den Berathungen theilzunehmen, trotzdem v. Weidert erklärte, sich im Ausdruck vergriffen zu haben.

Wenn zwei dasselbe thun. Wegen Beleidigung von Polizeibeamten in Haynau war kürzlich Genosse Kaul in Breslau als verantwortlicher Redakteur der „Volksw." zu 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden. Es hatte sich dabei um einen Vorgang bei der Internirung eines Geisteskranken gehandelt, die in dem „Hayn. Stadtbl." besprochen wurde. Der Artikel war aus diesem Blatte in die „Volksw.", die in Haynau eine große Anzahl Leser hat, übernommen worden. Genosse Kaul wurde verurtheilt, gegen die Redakteure des „Hayn. Stadtbl." und des „Anzeigers" wurde zwar Anklage erhoben, indessen sowohl von der Strafkammer in Liegnitz, wie vom Oberlandesgericht zu Breslau die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt, nachdem die Staatsanwaltschaft das letztere Gericht als Beschwerde Instanz angerufen hatte. Wir wollen es nicht etwa mißbilligen, daß die Redakteure der beiden bürgerlichen Blätter straffrei bleiben; wir finden das im Gegentheil ganz in der Ordnung. Wir nehmen für die Presse das Recht und die Pflicht in Anspruch, öffentliche Mißstände zu rügen und verlangen dafür eine weitgehende Freiheit, aber weshalb wird der sozialdemokratische Redakteur bestraft?

Die Rächerin ihrer Ehre. In Kronstadt (Siebenbürgen) wurde der Kandidat der Theologie Michael Badescu von der Tochter des Grundbesitzers Cahba, welche er verführt hatte, auf offener Straße durch zwei Revolverschüsse getödtet. Die Mörderin wurde verhaftet.

Gefangenenbeschäftigung in Amerika. In 14 Staaten der Union ist das Regiesystem in den Gefängnissen eingeführt. Die Gefangenen werden zu öffentlichen Arbeiten verwendet. Selbst Untersuchungsgefangene können auf Wunsch in dieser Art beschäftigt werden. Werden sie später freigesprochen, so erhalten sie vom Staat oder der Gemeinde, der sie ihre Arbeitskraft geliehen, nachträglich ein fair wage (den üblichen gewerkschaftlich anerkannten Tagelohn) ausgezahlt, wird der Betreffende schuldig befunden, so werden die Arbeitstage von seiner Strafzeit abgerechnet. Die einzelnen Staaten zahlen den Gefangenen 60 Pfg. bis 2 40 Mk. pro Tag. Auf der anderen Seite giebt es Staaten, in denen die Gefängnißarbeit noch keinerlei Regelung erfahren hat. So theilt der „Shoe Retailer" mit, daß in dem Gefängniß von Jefferson City 2000 Gefangene mit der Herstellung von Schuhwaaren beschäftigt sind. Die Masse des produzierten Schuhwerks sei gleich der Produktion von 5—6 ziemlich umfangreichen Schuhfabriken. In dem Blatt wird ferner mitgetheilt, daß in den anderen Gefängnissen des Westens im Durchschnitt 21 000 Paar Schuhe pro Tag hergestellt werden.

Eine neue Mordmaschine. Zu Newyork fanden am Sonnabend in Gegenwart mehrerer höherer Offiziere Versuche mit dem neuen 16zölligen Belagerungsgeschütz statt. Dieses Geschütz soll das mächtigste seiner Art in der ganzen Welt sein, indem es Geschosse von 1100 Kilogramm 32 Kilometer weit zu schleudern vermag.

Ein neues Heilverfahren bei Blutvergiftungen will der New Yorker Arzt Dr. Barrows erfunden haben. Dasselbe besteht aus der Einspritzung einer Formalinlösung in die Adern. Die in den New Yorker Spitälern versuchsweise eingeführte Methode hatte angeblich ein derartig befriedigendes Resultat, daß ihre allgemeine Einführung beschlossen wurde.

Standesamtliche Nachrichten

vom 11. bis 17. Januar 1903.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

6. Januar. Gasarbeiter K. F. W. Neumann. Bureauvorsteher J. Chr. F. W. Bethien. 7. Bureaugehülfe L. K. A. Schwieger. 10. Fuhrwerksbesitzer J. W. H. Bartels. Arbeiter C. J. J. H. Wessel. Schiffskapitän C. F. Chr. J. Thoms. Matrose J. H. W. Lund. Bäcker C. J. M. Baß. 11. Kaufmann J. H. F. C. P. Wilcken. Maler J. H. C. Hemann. Arbeiter J. H. F. A. Jahnke. Arbeiter J. W. J. Zimmermann. 12 Maschinentechniker F. K. E. Netzler. Arbeiter W. J. H. Ott. Bürstenmacher K. J. O. E. Vogt. Pelzwaarenfabrikant C. L. E. Hirsekorn. Flußschiffergehülfe F. M. H. Schlüter. Zimmermann B. C. J. A. Brümmer. Töpfer A. W. K. Bahl. 13. Bäcker G. C. F. Benthien. Briefträger E. H. H. Arndt. Kesselschmied P. Baas.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

3. Januar. Wirth W. A. Westphal. Schiffsarbeiter C. Chr. F. Schmidt. 4. Lehrer E. H. Braune. 5. Maurer H. P. Chr. F. Klünder. Tischler H. J. F. Schomacker. 6. Porzellanmaler H. G. G. Werner. Arbeiter J. J. P. Baars. 7. Arbeiter F. J. C. Boldt. 9. Schriftsetzer H. F. Reineke. 10. Bierfahrer H. J. F. Goldschmidt. 12. Maschineningenieur J. J. P. H. Maaß. Zimmermann W. J. H. Wiebcke. Lagermeister H. B. A. Hinz. Kaufmann C. R. H. C. Braun. Arbeiter H. W. Maß. 13. Arbeiter H. H. Behrenbeck. Arbeiter J. H. F. Giebelstein. Feuermann L. H. G. Schulz. Steinsetzer H. H. W. Tralau. 14. Arbeiter H. F. Chr. Thieß. 15. Kaufman E. W. H. Crull. 15. Maschinenschlosser W. Chr. M. Reimers. Maurer J. Krela.

Sterbefälle.

10. Januar. F. M. A. geb. Krausse. Wittwe des Kürschnermeisters G. A. Korch, vorher verw. Eck, 77 J. L. L. O. geb. Staats, Wittwe des Privatmannes G. W. Ziegler, 70 J. E. H. F. Voß, 2 M. H. W. S. geb. Meyer, Ehefrau des Inspektors a. D. J. Chr. D. Dühring, 63 J. M. S. D. geb. Wulff, Ehefrau des Privatmannes A. J. Horstmann, 69 J. 11. A. M. L. Griese (Greise), 2 M. F. A. J. Horfft, 7 M. 12 M. C. D. geb. Harms, Ehefrau des Arbeiters J. F. H. Roggenkamp. 53 J. Privatier N. A. Chr. G. von Binzer, 77 J. Schiffsbauer J. J. G. Boht, 66 J. J. C. E. geb. Brinken, Wittwe des Holländers P. W. F. Wilcken, 80 J. Ein todgeb. Knabe, V.: Arbeiter G. J. H. Suhl. 13. Arbeiter J. J. D. Seemann, 75 J. Arbeiter H. C. J. J. Lewitz, 67 J. 14. M. C. D. geb. Gütschow, Ehefrau des Schuhmachermeisters J. J. L. Rohr, 59 J. A. B. E. Pagels, 2 J. 6 M. M. Wiebke, 2 Tage. Musketier A. Ch. F. Blanck, 21 J. J. W. geb. Lorenz, Ehefrau des Maurers Ch. B. C. H. Wilms, 32 J. 15. Handlungsgehülfe W. H. E. Krohn, 19 J. E. M. F. geb. Borchert, Wittwe des Maschinenputzers H. C. J. Neuendorf, 79 J. J. A. H. W. Ahrendt, 9 M. 16. M. D. geb. Sonne, Ehefrau des Ingenieurs F. W. K. Stachow, 28 J. E. E. M. Westphal, 14 J. Früherer Weinschröter H. Ch. Derlin, 85 J. F. F. Matz, 14 J. Schlachtermeister J. G. Ch. Schmidt, 68 J. Privatmann Ch. C. E. Schrader, 84 J. Privatmann H. F. Ch. Jürgens, 63 J. 17. M. W. K. Braasch, 7 M.

Angeordnete Aufgebote.

12. Januar. Kaufmann J. L. W. Sack und M. M. Chemnitius zu Erfurt. Kaufmann W. F. G. Timmann und B. Ch. Tetens. Arbeiter E. F. A. W. Plagemann und L. D. geschiedene Beth geborene Maaß. Arbeiter L. Jorck zu Blumenthal und M. Bartczak zu Lüssum. Arbeiter P. Wawrzynkowski und A. Kaminska, beide zu Kempen. Arbeiter S. Holos zu Domanin und H. Owczarek zu Olszowe. Maschinist H. Ch. Thöms und M. Ch. H. Erler, beide zu Süderbrarup. Schauspieler P. W. Krüger und M. S. Wierbitzki zu Lichtenberg. Arbeiter F. Marynak und J. Krupper, beide zu Granowiec. 13. Arbeiter E. J. J. Wiencke und H. M. A. Kiencke, beide zu Jarmstorf. Zimmermann E. Ch. H. Höltig und E. A. J. Möller. Arbeiter C. W. Puff und C. M. E. Burmeister. 14. Arbeiter G. H. F. Buck und K. H. geschiedene Dennemeyer geborene Will. Kaufmann J. C. H. Lau und H. W. S. Wulff zu Wittenborn. Schlosser F. J. J. Roduft und M. C. M. Wehling. Kaufmann O. C. Th. Schmaltz und E. W. M. Schulze. Friseur H. G. O. Kuhlmann und H. K. Hiemenz. Käthner F. Warnke zu Penkuhl u. M. M. Michalke zu Stegers. Arbeiter E. Mierzwiak zu Marianka und B. Bieganski zu Srimianica. 15. Geschäftsreisender C. O. Sparka und E. J. F. Behrens, beide zu Posen. 16. Buchdruckereibesitzer J. H. Ch. Junge zu Bützow und E. Mattiessen. 17. Kaufmann H. G. E. Krellenberg und E. E. G. Redelstorf. Kaufmann F. A. A. M. Lieck zu Aachen und M. Matthiessen.

Eheschließungen.

14. Januar. Kaufmann W. L. Ch. Rahfoth und A. T. Sternberg. Photograph F. Th. Görrissen zu Cottbus und M. L. J. Lienow. 16. Musiker W. J. H. Meier und M. L. H. F. Krohne zu Göttingen. 17. Brennereibesitzer E. R. M. P. Kropff in Nordhausen und J. D. W. F. Werner. Schneider R. F. Kössling und F. Ch. W. M. C. S. Borgwardt. Straßenreiniger J. H. F. Langhans und C. M. E. Stamer. Drechsler H. E. Hermann und P. J. M. Jäger. Seemaschinist J. Ch. W. Gottschalck und Ch. C. E. Rolffs.

Viehmarkt.

Hamburg, 20. Januar.

Der Schweinehandel verlief nur langsam.

Zugeführt wurden 2700 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandschweine, schwere 57—58 Mk., leichte 55—56 Mark, Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 53—54 Mk. pro 100 Pfund.

---

rührt mich tief. Die entscheidende Stimme in diesem Zwischenspiel gebührt aber einzig und allein Emma; wenn meine Schwester Ihnen ihr Jawort ebenso bereitwilligst ertheilt wie ich, so —"

„So ist alles in Ordnung," unterbrach ihn der Assessor jubelnd. „Emma's bin ich sicher — und wenn Sie erlauben, gehe ich gleich hinein, mit ihr zu reden."

Alfred stürmte in das Haus, während Botho mit trübem Lächeln auf den Lippen zu seiner jungen Frau zurückkehrte. Adelheid freute sich wie er des willkommenen Ereignisses, und beide wollten eben dem vorausgegangenen Assessor folgen, als der alte Inspektor Schilow mit der Meldung im Garten erschien, es sei jeden ein Herr aus der Stadt angekommen, welcher den Herrn Baron zu sprechen wünsche.

„Hat er nicht seinen Namen genannt?" fragte Botho.

„Nein, Herr Baron," entgegnete der Alte mit eigenthümlicher Miene.

„Kennen Sie ihn?" fragte der Baron rasch.

„Nein. Eigentlich sind's drei Herren — sehen aus wie vom Gericht."

„Führen Sie die Herren in den Salon — ich komme gleich."

Fünf Minuten später betrat Baron von Zellmer den Salon.

„Ah, Sie selbst, Herr Staatsanwalt —"

„Ich selber, Herr Baron," erwiderte Hoffmann mit der seinem Berufe eigenen Zurückhaltung. „Und leider in keiner angenehmen Mission — zunächst handelt es sich darum, einige Fragen an Ihre Frau Gemahlin und Ihren Inspektor zu stellen — wollen Sie so gut sein und die gnädige Frau herbeirufen?"

Botho erfüllte schweigend den Wunsch des Beamten. Adelheid zitterte anfangs wohl ein wenig, fand aber sogleich ihre Fassung und Würde wieder und begegnete dem Staatsanwalt, den sie von früher her kannte, mit stolzer Höflichkeit. Das kurze Verhör, das er mit ihr anstellte, bezog sich lediglich auf ihre Kenntniß der mit der Wechselaffäre in Verbindung stehenden Vorgänge. Der Staatsanwalt wollte genau wissen, wie, unter welchen Umständen und mit welchen Worten ihr vor drei Monaten ihr Bräutigam von seinem Besuch bei Siebert erzählt habe. Mißmuthig schüttelte er den Kopf, als er in ihrer Darstellung kein Moment entdeckte, das er zu Gunsten des Angeklagten in die Wagschale zu werfen vermochte. Der Inspektor wußte überhaupt nichts — der Bote des Besitzers von Dreilinden entsprechend, hatte der Baron das Darlehns oder vielmehr der Quelle der ihm so plötzlich zur Verfügung stehenden Summe gar nicht erwähnt.

„Dann, Herr Baron," sprach der Staatsanwalt ernst, „bleibt mir keine Möglichkeit mehr, Ihnen das Aeußerste und mir die schwerste Pflicht, die mein Beruf mir auferlegt, zu ersparen. Ich muß Sie bitten, mich zu begleiten."

„Als Ihr Gefangener?" fragte Botho erbebend.

Der Staatsanwalt neigte leise bejahend das Haupt.

„Gestatten Sie mir kurze Zeit zur Erledigung meiner Angelegenheiten, in einer Viertelstunde werde ich zu Ihrer Verfügung stehen."

Hoffmann blickte den Baron einige Augenblicke forschend an, dann sagte er achselzuckend: „So leid es mir thut, Herr Baron, darf ich Sie nun keinen Moment mehr sich selbst überlassen — Lippmann," wandte er sich an den mitgebrachten Subalternbeamten, „begleiten Sie den Herrn Baron."

Adelheid saß still weinend im Wohnzimmer, als ihr Gatte bei ihr eintrat. Bei seinem Anblick explodirte ihr mühsam zurückgehaltener Schmerz, laut aufschreiend warf sie sich an seine Brust, und beider Thränen flossen ineinander.

„Muth, Muth, meine Adeli," flüsterte er ihr zu, „es kann noch alles gut werden! Nur fahre fort, mich zu lieben und an mich zu glauben!"

„Meine Liebe und mein Glaube enden erst mit meinem Leben," hauchte sie mit einem Blick unendlicher Zärtlichkeit.

Noch hingen sie fest ineinander, da stürzte Emma schluchzend herein.

„Mein Bruder — mein lieber guter Botho — ist es denn wahr — sie wollen Dich fort von hier führen? Und gerade in der Stunde, von der ich hoffte, sie würde die glücklichste meines Lebens sein?"

„Sie wird es sein, der Charakter Deines Bräutigams bürgt mir dafür," erwiderte er, „und auch das ist ein Trost, den ich mit mir fortnehme. Rufe ihn herein, ich will Eure Hände ineinander legen."

Der Assessor erschien mit bleichem Antlitz, kaum im Stande, seine Ergriffenheit zu verbergen. Lange und innig hielt er die Hand des Barons, der sie darauf mit derjenigen seiner Schwester vereinigte und dabei den Wunsch aussprach, es möchten ihrer Liebe so herbe Prüfungen erspart bleiben, wie solche ihm der Himmel gesendet. Dann umarmte er nochmals Adelheid und Emma, bat sie, im Zimmer zu bleiben und nicht in den Hof zu kommen, da er nicht wünsche, daß sie seiner Abführung beiwohnten. Noch ein kurzes Gespräch mit seinem Inspektor, und er erklärte sich zur Abfahrt bereit.

Wenige Minuten später rasselte der Wagen durch das Hofthor — laut schluchzend sanken Adelheid und Emma einander in die Arme.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur Otto Friedrich. Verlag Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — sämmtlich in Lübeck